

# **Badische Landesbibliothek Karlsruhe**

**Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe**

## **Der Volksfreund. 1901-1932 1914**

140 (20.6.1914) Erstes Blatt



# VOLKSFREUND

## Tageszeitung für das werktätige Volk Mittelbadens.

Ausgabe täglich mit Ausnahme Sonntags u. der gesetzl. Feiertage. Abonnementspreis: Einzelst. monatl. 75 P., vierteljährl. 2,25 M.; abgeholt monatl. 65 P.; am Posthalter 2,10 M., durch den Briefträger 2,52 M. vierteljährlich.

Geschäftsstunden: 7 bis abends 7 1/2 Uhr. Postfachkonto Nr. 2650. Telefon: Nr. 128, für Redaktion Nr. 481.

Inserate: Die 6spaltige, 11. Zeile, oder deren Raum 20 P. Lokalinsertat billiger. Schluß d. Inseratenannahme 1/2 Uhr vorm., für größere Inserate am Nachmittag zuvor. Druck u. Verlag: Buchdruckerei Gerd & Cie., Karlsruhe.

Die heutige Nummer umfaßt 14 Seiten.

### Freiburg.

In der schönen Breisgaustadt Freiburg hält heute und morgen die sozialdemokratische Partei Badens ihren ordentlichen Parteitag ab. Es wird im Wesentlichen ein Geschäftsparteitag sein, eine jährliche Kontrollversammlung, wo die Glieder gemustert werden und die Bilanz vorgelegt und besprochen wird. Auffallend ist, daß nur eine verhältnismäßig geringe Anzahl Anträge eingegangen sind. Anträge betreffs Aenderung des Organisationsstatuts, die früher immer einen breiten Raum einnahmen, fehlen dieses Mal vollständig. Aber das kommt in der Hauptsache daher, daß das Organisationsgerippe in seiner grundlegenden Form jetzt festgelegt ist und sich bewährt hat, sodaß ein Bedürfnis nach Aenderungen nicht in Erscheinung tritt. Es fehlt nur an dem weiteren Ausbau der äußeren Verastelungen, an der Fällung der aufgestellten Cadres und das ist Sache der Parteigenossen.

Der Parteitag wird über Mittel u. Wege beraten, die der Organisation mehr Mitglieder und der Parteipresse mehr Leser zuführen sollen. Wohl hat die badische Brigade der großen sozialistischen Armee ihren Bestand gegen 1913 von 21 284 auf 25 362 also innerhalb eines Jahres um 4 081 Mitglieder erhöht, sodaß sich sowohl die Organisation als auch der gemachte Fortschritt immerhin sehen lassen können. Aber immer noch steht die Zahl der Organisierten von 25 000 mit der Zahl der abgegebenen Partei-Stimmen in einem argen Mißverhältnis. Und in einer Zeit wo alles nach Organisation drängt und im Hinblick auf die außerordentlichen Anstrengungen, die in dieser Hinsicht die bürgerlichen Parteien machen, hätten größere Erfolge erwartet werden dürfen. Mögen die Delegierten hierüber beraten und ermunternden Ansporn für dieses hehre Ziel mit nach Hause nehmen.

Verschiedene Anträge aus dem Bezirk Offenburg behandeln Anregungen zur Gründung eines Wochenblattes. Wir glauben aber nicht, daß der Parteitag zur „Wochenblattfrage“ eine andere Stellung nimmt wie vordem. Für die heutigen Bedürfnisse genügt ein Wochenblatt nicht mehr; kann nicht mehr genügen, da sich in unserer schnelllebigen Zeit die Ereignisse überfliegen und ein Wochenblatt weder im Nachrichtendienst noch in der Zurückweisung von Angriffen der bürgerlichen Zeitungen, die täglich erscheinen, seinen Zweck erfüllen kann. Es wäre ein Schritt nach rückwärts, wenn man die Instanzen zur Agitation für ein Wochenblatt verpflichten wollte zum Nachteil der bestehenden Tagespresse, ganz abgesehen davon, daß die Erfahrungen, die die Partei wiederholt mit Wochenblättern gerade im Offenburger Bezirk gemacht hat, nicht sehr aufmunternd für eine Wiederholung dieses Experiments wirken.

Neben diesen internen Fragen werden aber die verschiedenen Vorgänge der letzten Zeit in der badischen Politik Veranlassung zu lebhaften Erörterungen geben. Es steht fest: Es weht ein neuer Wind in Baden, der auch in unserer Partei andere Gefühle auslöst. Es erobert sich, zu rekapitulieren, was einerseits die Regierung gestützt auf die Erfolge der Reaktion bei den vergangenen Landtagswahlen und andererseits die Nationalliberalen aus demselben Grund sich geleistet haben. Die Vorgänge der letzten Zeit sind zu fest in unsern Innern verankert, daß wir dieselben nicht aufzufrischen brauchen. Es wurde i. Zt. vor den Wahlen ein Großblodabkommen mit den Nationalliberalen für den zweiten Wahlgang zugestimmt, in der Voraussetzung, gemeinsam mit dem bürgerlichen Liberalismus die Gefahr einer drohenden reaktionären Mehrheit abzuwenden und in den allgemeinen politischen Fragen eine gemeinsame Basis mit dem Liberalismus auf kulturell-geistigem Gebiete zu finden. Unsere Hoffnungen sind elend zu Schanden gegangen; nicht erst in letzter Zeit, sondern schon bei den Wahlen selbst. Die „Liberalen“ Krauth, Bitter und Niederbühl spielten sich dort schon als reaktionäre Außenleiter auf und die nationalliberale Partei gab vor, kein Mittel in der Hand zu haben, sie der Parteidisziplin unterzuordnen. Und dann nachdem! Daß Gott erbarm! Wir haben nicht gehofft, auf wirtschaftlichem Gebiet mit dem Liberalismus etwas zu erreichen. Aber auf kulturell-geistigem Gebiete wenigstens hofften wir den Liberalismus zum Festhalten an liberalen Forderungen zwingen zu können. Vergebens! Der Wahlerfolg der Reaktion ist den Nationalliberalen derart in die Glieder gefahren, daß in allen wichtigen kulturellen Fragen, insbesondere der Schulpolitik, ein deutliches Anlehnen derselben an die Weltanschauung des reaktionären Zentrums zu bemerken war.

Aber so haben wir nicht gewettet. Die Großblodtaktik ist uns mehr wie lediglich eine arithmetrische Formel zur Wahlkreisgeometrie der Liberalen. Der an sich gesunde Gedanke der Großblodtaktik wird von uns jederzeit akzeptiert. Aber es muß für die freiheitlich-demokratische Entwicklung unseres Staatswesens etwas dabei herauskommen. Die vorliegende Bilanz aber gefällt uns in keiner

Weise. Heute kann die Regierung den Kampf gegen uns auf der ganzen Linie erklären und die Rechte der Staatsbürger mit Füßen treten. Sie findet in diesem löblichen Beginnen die ausdrückliche Zustimmung unserer liberalen Großblodfreunde.

Diese gemachten Erfahrungen werden uns bestimmen, mit erhöhter Kraft an den Ausbau unserer Organisation zu gehen und unsere Hoffnungen zunächst auf die eigene Stärke und die Kraft und Wahrheit unserer Ideale einzustellen. In der Zeit, wo der weltgeschichtliche Kampf zwischen Kapital und Arbeit, zwischen Ausbeutern und Unterdrückten ausgefochten wird, muß der alte Clan erwachen, der die überzeugten Anhänger des völkerverfeindenden Sozialismus zur äußersten Kraftanstrengung anspornt, ihre weltgeschichtliche Aufgabe zu erfüllen.

In diesem Sinne begrüßen wir die Delegierten des Parteitages. Auf zur Arbeit, der Erfolg frönt das Werk! Hoch die Sozialdemokratie!

### 9. Deutscher Gewerkschaftskongreß.

Ch. München, im Juni 1914.

Am 22. Juni tritt hier in München der 9. Deutsche Gewerkschaftskongreß zusammen; seine Verhandlungen, die bis einschließlich den 27. Juni dauern werden, finden im Kindl-Keller, bekanntlich dem größten Versammlungslokal Münchens, statt. Die Tagesordnung ist sehr reichhaltig, sie umfaßt außer dem vom Genossen Legien zu erstellenden Rechenschaftsbericht der Generalkommission, den Berichten der Genossin Hanna über das Arbeiterinnen-Sekretariat, Robert Schmidts über die sozialpolitische Abteilung und Rudolf Wiffels über das Zentralarbeitssekretariat und den dazu gehörigen Anträgen noch eine Reihe wichtiger Punkte. Vor allem ist da die Beratung des Regulativ für das Zusammenwirken der Gewerkschaften Deutschlands zu nennen, weiter die Referate Gustav Bauers über die „Volksfürsorge“, August Preys über die Handhabung des Reichsvereinsgesetzes, Alexander Schlieses über Arbeitswilligen- und Unternahmerterrorismus, Adam Naumanns über die Bestrebungen des Verbandes Deutscher Arbeitsnachweise, August Binzig über die Arbeitslosenfürsorge, Theodor Leibarts über die gesetzliche Regelung der Tarifverträge und Johannes Tymms über den Einfluß der Lebensmittelerzeugung auf die wirtschaftliche Lage der Arbeiterklasse.

Der gedruckt vorliegende Rechenschaftsbericht der Generalkommission umfaßt die Zeit vom 1. Juni 1911 bis zum 31. Mai 1914. Es wird in ihm zunächst darauf hingewiesen, daß trotz aller staatlichen Bekämpfung und trotz der wirtschaftlichen Krise die Gewerkschaften von Jahr zu Jahr an Mitgliederzahl gewachsen sind. Sie haben mit 2 548 763 Mitgliedern im Jahresdurchschnitt von 1913, gegenüber dem Jahre 1910 eine Zunahme von 530 000 Mitgliedern zu verzeichnen. Der Bericht gedenkt sodann der furchtbaren Arbeitslosigkeit, der gegenüber nicht nur die Reichs- und Landesgesetzgebung, sondern auch die meisten Gemeinden bisher völlig verfaßt haben. Die Generalkommission hat auf Wunsch der französischen Sektion der Internationalen Bekämpfung der Arbeitslosigkeit 5 größere Zeichnungen zur Darstellung des Umfangs der Arbeitslosigkeit und der gewerkschaftlichen Arbeitslosenfürsorge für die Internationale Städtebauausstellung in Vnon anfertigen lassen. Die Aufwendungen der deutschen Gewerkschaften für Arbeitslosenunterstützung sind in dem Zeitraum 1900 bis 1913 von 960 000 Mark auf 13 040 000 Mark gestiegen. Nach Besprechung des systematischen Mißbrauchs des Reichsvereinsgesetzes gegenüber der Arbeiterbewegung gibt der Bericht Aufschluß über das erfreuliche Anwachsen der proletarischen Jugendbewegung und bespricht dann den Stillstand der deutschen Sozialgesetzgebung. Erfreulicher als dieses letztere Kapitel sind die Aufschlüsse über das Gedeihen der „Volksfürsorge“, bei der in der zweiten Hälfte 1913 75 000 Versicherungsanträge mit einer Versicherungssumme von 13 1/2 Millionen Mark eingegangen sind. Die letzthin von Abg. Scheidemann im Reichstag zur Kenntnis gebrachten Dokumente über die systematische Bekämpfung der „Volksfürsorge“ durch den unparteiischen Staat werden auch hier zum ewigen Gedächtnis wiedergegeben. Der Mitgliederverlust der Gewerkschaften infolge der schlechten wirtschaftlichen Konjunktur, sowie infolge der Mehrreinstellung von 65 000 jungen Leuten zum Militärdienst wird statistisch dargelegt. Im ganzen muß er als recht gering bezeichnet werden. Es ist eigentlich nur eine, wie wir hoffen, vorübergehende Verlangsamung der ständigen Mitgliederzunahme. 1913 betragen die Einnahmen aller Verbände 82 Millionen, die Ausgaben 75 Millionen Mark, und der Vermögensstand der Zentralverbände war Ende 1913 auf 88 Millionen Mark gestiegen. Die Konzentration der Kräfte durch Verschmelzung von Verbänden verwandter Berufe hat auch in der Berichtszeit weitere Fortschritte gemacht. Der Verband der Hausangestellten hat es auf 6000, der der Landarbeiter auf 19 000 Mitglieder gebracht.

Nach Besprechung der großen Kämpfe für ein freies Koalitionsrecht, die im Lande und im Reichstag geführt

worden, erörtert der Bericht kurz den Stand der Mai-feierfrage und bemerkt, daß wohl alle Gewerkschaftsbeamten, die Mitglieder der sozialdemokratischen Partei sind, dem Parteitagsbeschlusse auf Ablegung des Tagesverdienstes an den Maifeierfonds entsprechen dürften. Es heißt dann weiter: „Eine große Zahl von Arbeitern demonstriert am 1. Mai unter Preisgabe des Arbeitslohns und auf die Gefahr der Maßregelung hin, durch Arbeitsruhe. Deswegen werden die Gewerkschaftsbeamten, die eine Maßregelung nicht zu befürchten haben, ausnahmslos bereit sein, gleich den durch Arbeitsruhe demonstrierenden Arbeitern den Gehaltsbetrag vom 1. Mai als Beitrag zur Unterstützung der Ausgesperrten zu zahlen.“ Wie bekannt, hat sich die Generalkommission an mehreren Ausstellungen beteiligt. Die Unterstützungsvereinigung der Angestellten in der modernen Arbeiterbewegung hat zurzeit über 3600 Mitglieder, und unterstützt 106 Witwen mit 142 Kindern, 16 Invaliden und 14 Waisen; ihr Vermögen beträgt 1 1/2 Millionen Mark. Einnahmen und Ausgaben der Generalkommission sind begreiflicherweise fortwährend gestiegen, in der Hauptsache infolge der Aufwendungen für Agitation, die auch durch ein italienisches und ein polnisches Blatt getrieben wird, und der auch die Reise Legiens nach Nordamerika diente. Schließlich werden die Bildungskurse der Generalkommission, ihre Statistik, die Tätigkeit der Zentralsekretariate und der sozialpolitischen Abteilung, sowie die in erfreulicher Weise erstarkende internationale Verbindung besprochen.

Unter den Vorlagen an den Gewerkschaftskongreß beansprucht das Regulativ für das Zusammenwirken der Gewerkschaften naturgemäß das größte Interesse. Es soll außer der gemeinsamen Agitation die Erledigung von Grenzstreitigkeiten und das Wesen der Gewerkschaftskartelle regeln, vor allem aber die Unterstützung bei Streiks und Aussperrungen. Hier soll an Stelle von Sammlungen, wenn die Kosten eines Lohnkampfes über die Kraft der zunächst beteiligten Gewerkschaft hinausgehen, das Unlageverfahren treten. Die Gewährleistung der Unterstützung hat zur Voraussetzung, daß der Generalkommission von der betreffenden Gewerkschaft das Mitbestimmungsrecht über Taktik und Leitung des Kampfes eingeräumt, daß der betreffende Verband vor der Inanspruchnahme der Unterstützung die eigenen Mitglieder zu angemessenen Extrabeiträgen herangezogen hat, daß die Unterstützungsfrage sich in den allgemein üblichen Grenzen halten und insbesondere mit den eigenen Mitgliederbeiträgen der betreffenden Gewerkschaften in Einklang stehen, und daß der betreffende Verband vor und bei Inanspruchnahme des Kampfes die gebotene Vorsicht geübt hat und die gewerkschaftlichen Voraussetzungen für dessen Proklamierung erfüllt waren. Wird die Unterstützung einer Gewerkschaft durch die Gesamtheit beschlossen, so ist der von den angeschlossenen Verbänden zu leistende wöchentliche Beitrag in der Regel so zu bemessen, daß dem zu unterstützenden Verband für die streikenden oder ausgesperrten Mitgliedern von 13wöchentlich Mitgliedschaft an eine Unterstützung von 9 Mark und für solche von mindestens 26wöchentlich Mitgliedschaft eine solche von 12 Mark gewährt werden kann.

Unter den bisher vorliegenden Anträgen an den Kongreß wollen eine ganze Reihe, daß die Generalkommission die Kosten der Bezirkssekretariate, die zum Teil zur Vertretung der Interessen der Arbeiter vor den Oberversicherungsämtern errichtet worden sind, oder nach anderen Anträgen noch errichtet werden sollen, durch die Generalkommission getragen werden. Ein Antrag des Buchbinderverbandes wünscht eine allgemeine Unterstützung über die Unfallgefahren in allen Berufen, verschiedene Anträge wenden sich dagegen, daß die Genossenschaften Mitglieder des Transportarbeiterverbandes sollen anstellen dürfen. Einige Tabakarbeiterzweigen wünschen eine stärkere Propaganda der Gewerkschaften dafür, daß die organisierten Arbeiter Zigarren, Zigaretten und Tabak nur von solchen Fabriken kaufen, die im Vertragsverhältnis mit der Organisation der Tabakarbeiter stehen. Ueber die Verhandlungen dieses für die gesamte deutsche Arbeiterchaft so wichtigen Kongresses werden wir genau berichten.

### Deutsche Politik.

Das Vaterland in Gefahr!

Auf der Bugra zu Leipzig ist bekanntlich auch der sozialdemokratischen Literatur und Presse ein Platz eingeräumt. Diese Toleranz der Ausstellungsleitung geht denen, die von den sozialdemokratischen Presseorganen mit Recht eine ihren Interessen nachteilige aufklärende Wirkung befürchten, entschieden zu weit. Zum Wortführer dieser Besorgten macht sich jetzt das konservative sächsische „Vaterland“, das königlicher als der königliche Protektor der Ausstellung auch noch dessen angeblich verletzte Gefühle ins Treffen führt:

Es würde Schwachheit sein, es nicht offen auszusprechen, daß die Objektivität und Parität der Ausstellungsleitung den schärfsten Widerbruch erwecken müssen. Wenn schon Grunze

Seite 4.  
1712  
1.25  
3.90  
2.25  
1.65  
3.75  
1.90  
2.75  
4.75  
50  
2.25  
3.50  
1.30  
0.95  
1.90  
1.25  
3.75  
rstr.  
1.  
Tischler  
rlah.  
er, findet im  
ung  
1730  
erwaltung.  
5 Pf.  
Hinter,  
eine) u.  
w. u.  
Sunder  
end, der  
essen und  
ilhaft und  
in Begrif  
hänbig  
verlin 50  
durch meine  
stlich. 1732  
und  
leider  
bt 50 Pf.  
rnrohr,  
28. 1171  
ben bei  
vogel,  
he 55,  
n. Damen  
Stiefel,  
Ausnahme  
- 32  
strube.  
Ehloffer. —  
Marquette.  
Erwin Max  
s Feltz, B.  
W. Franz  
ntmädchen.  
Carl Feder.  
Bitter, all  
emann, all  
mann, 32 P.  
- Mathilde  
rer, Nacht.



der Staatserhaltung nicht ausschlaggebend genug gewesen sein sollten, so hätte doch das Tatgefühl den verantwortlichen Herren sagen müssen, daß auf einer Ausstellung, die mit dem Protektorat Sr. Majestät des Königs von Sachsen beehrt worden ist, revolutionäre und republikanische Propaganda nicht gebildet werden darf. Eins von beiden schließt das andere aus, und wenn man von vornherein der Meinung war, die Sozialdemokraten zulassen zu müssen — und noch dazu in dieser propagandistischen Weise —, dann hätte man darauf verzichten sollen, um das Protektorat eines Monarchen nachzusuchen. Wir hoffen, daß es sich bei den gerügten Vorgängen um nichts anderes, als eine unterbliebene Ueberlegung handelt, deren Folgen ja schließlich abgestellt werden können. Sollte dies nicht geschehen, so würden wir mit der schärfsten Beurteilung eines solchen Verbrechens nicht zurückhalten können.

Das „Waterland“ hofft also, daß die Ausstellungsleitung noch nachträglich ihr unpatriotisches Versehen wieder gut machen und die sozialdemokratische Literatur aus ihren Räumen entfernen werde. Es ist schwer zu glauben, daß Leute, die dem Publikum einen Eindruck von der Gesamtheit der deutschen Presseergebnisse übermitteln wollen, die-  
sem lächerlichen Wunsch stattgeben werden.

**Ein Bildungsausschuß ist kein politischer Verein!**

Zu dieser Feststellung haben Polizei und Staatsanwaltschaft in Schleien fünf Gerichts höfe bemüht. Wegen einer Jugendfeier des Striegauer Bildungsausschusses war Genosse Daubenthaler unter Anklage gestellt worden, da er als Vorsitzender eines „politischen Vereins“ Jugendliche unter 18 Jahre zur Teilnahme zugelassen hatte. Das Schöffengericht in Striegau erkannte auf Freisprechung, die Strafkammer in Schweidnitz ebenso, das Oberlandesgericht wies die Sache zur nochmaligen Verhandlung an die Schweidnitzer Strafkammer zurück. Diese erkannte wieder auf Freisprechung und der Staatsanwalt legte wieder Revision ein. Aber der Oberstaatsanwalt beantragte jetzt selbst Verurteilung der Revision und das Oberlandesgericht erkannte auf Freisprechung, da der Bildungsausschuß kein „selbständiger Verein“ sei. Um das festzustellen, braucht man in Preußen fünf Gerichtshöfe mit den üblichen Kosten — aus der Staatskasse, d. h. aus den Taschen der Steuerzahler!

**Ein Militärprozeß gegen die Vorwärtsredakteure.**

Die Vorwärtsredakteure, Genossen Reid, Wermuth und Wielepp hatten sich am Donnerstag wegen Verleumdung der preussischen Remonte-Kommission, speziell ihres Vorsitzenden, Majors v. Kundstedt-Königsberg vor der vierten Strafkammer des Kgl. Landgerichts I Berlin zu verantworten. Im Herbst vorigen Jahres enthielt der in Stallpönnen erscheinende „Oderische Grenzboten“ ein mit „Eidner“ bezeichnetes Eingelad. In diesem hieß es, der Vorsitzende der Remonte-Einkaufskommission hat Pferde, welche ihm von Landwirten zum Kauf zugeführt wurden, als unbrauchbar zurückgewiesen und den Besitzern geraten, die Pferde der Händlerfirma Sandelowski und Nachmann in Königsberg zu verkaufen. Das geschah auch. Bald darauf kaufte die Kommission dieselben Pferde, die sie kurz vorher zurückgewiesen hatte, von Sandelowski und Nachmann, die bei diesem Geschäft sehr großen Gewinn erzielten. Die Firma hat von einem Gutsbesitzer einen Rappwallach, den die Kommission zurückwies, für 900 Mk. gekauft und am selben Tage für 1400 Mark an die Kommission verkauft. Dieses Eingelad druckte der „Vorwärts“ ab und knüpfte daran kritische Bemerkungen. Auf Grund dieser Bemerkungen stellte der preussische Kriegsminister als Vorgesetzter der Kommission und des Majors v. Kundstedt Strafantrag wegen Verleumdung. — Verteidiger sind die Genossen Dr. Hugo Haase und Dr. Hugo Heinemann. Es ist eine sehr große Zahl von Zeugen geladen. Als Sachverständige fungieren Oberleutnant v. Braesche, Rittmeister Freiherr v. Nothenhahn und der Landtagsabg. Gen. Goser.

Die Angeklagten lehnen auf Befragen des Vorsitzenden ab, den Verfasser zu nennen; sie übernehmen die Verantwortung, bestreiten jedoch, sich einer Verleumdung schuldig gemacht zu haben. Im übrigen werden sie den Wahrheitsbemeis voll antreten.

**Die Götter dürsten.**

Roman aus der französischen Revolution.  
Von Anatole France.

44. (Fortsetzung.) (Nachdr. verb.)  
Vierzehntes Kapitel.

Bei Morgengrauen stand der Vater Longuemare auf, setzte die Dachtube aus und ging in eine Kapelle der Rue de l'Enfer, in der ein Priester, der den Eid geleistet hatte, den Kirchendienst versah. Dort las er die Messe. Es gab in Paris tausende solcher Versete. Dort las er die Messe. Es gab in Paris tausende solcher Versete. Dort las er die Messe. Es gab in Paris tausende solcher Versete.

Als der Mönch fort war, legte Brotteaux in dem kleinen irdenen Ofen Feuer an und begann mit den Zurüstungen zur Mahlzeit des Mönchs und des Episkopars. Zwischendurch las er in seinem Lutrez und dachte über das menschliche Schicksal nach.

Der alte Weltweise wunderte sich nicht, daß die Menschen als elende Wesen, als eitle Spielbälle der Naturkräfte, sich fast immer in peinlichen oder absurden Lagen befanden. Aber er hatte die Schwäche, zu glauben, daß die Revolutionsmänner dümmere und hohler wären, als die übrige Menschheit, und damit geriet er in die Ideologie. Im übrigen war er kein Pessimist und hielt das Leben nicht für durchaus schlecht. Er bewunderte die Natur in mancher Hinsicht, besonders in der Mechanik der Himmelskörper und in den Funktionen der Liebe, und er fügte sich in den Gang des Lebens, in Erwartung des Tages, wo er weder Furcht noch Verlangen mehr kennen würde.

Die Verhandlung wurde auf Freitag vormittag vertagt. Wir werden über den Ausgang berichten.

**Kein Geld für die Alterspensionäre in Bayern vorhanden.**

Die bayerische Abgeordnetenkammer lehnte am Donnerstag durch die Zentrumsmehrheit einen liberalen Antrag ab, der die Regierung auffordert, im nächsten Etat für die Besserung der Alterspensionäre Mittel bereit zu stellen. Der Finanzminister hatte den Antrag zurückgewiesen, weil er 2 Millionen erfordern würde.

**Gegen die Militärmishandlungen.**

**Zeugen heraus!**

Der Aufruf an all diejenigen, die Erfahrungen über die traurigen Zustände in den Kasernen gemacht haben, uns ihre Adressen anzugeben, hat Erfolg gehabt. Trotzdem liegt es im Interesse der Sache, das reiche Material noch zu vervollständigen. Es gibt sicher noch viele, die meinen, sie brauchen sich der geringen Mühe, bei uns zu melden, nicht mehr zu unterziehen, da uns genug Fälle bekannt seien. Es ist aber wünschenswert, eine möglichst vollständige Sammlung zur Verfügung zu haben. Deshalb ist es dringend erforderlich, daß alle diejenigen, die Militärmishandlungen erlitten oder von solchen Kenntnis haben, sofort ihre Adresse uns zur Kenntnis bringen.

Es gilt den Kampf gegen den Militarismus bei jeder Gelegenheit im Parlament, und da es der Kriegsminister will, auch vor Gericht zu führen. Der Schlag, den die Reaktion gegen die Sozialdemokratie, die unermüdete Bekämpferin der Militärmishandlungen, führen will, muß mit doppelter und dreifacher Wucht auf sie zurückfallen. Deshalb tut Eure Pflicht und stellt uns Eure Erfahrungen zur Verfügung!

**Protest gegen das jüngste bayerische Justizverfahren gegen die Presse.**

Der Vorstand des Landesverbandes der bayerischen Presse, in dem Redakteure aller Parteien, auch der amtlichen „Staatszeitung“ vertreten sind, hat folgende einstimmig beschlossene Eingabe an das Justizministerium gerichtet:

In einem Prozeßverfahren, das die Staatsanwaltschaft gegen die in Bayern erscheinende „Frankische Volkstribüne“ anhängig gemacht hat, hat die Staatsanwaltschaft die Anklage nicht gegen den bei der Zeitung nach den Bestimmungen für den Inhalt der Zeitung als verantwortlich zeichnenden Redakteur erhoben, sondern gegen ein anderes Mitglied der Redaktion. In diesem Vorgehen erblickt der Vorstand des Landesverbandes der bayerischen Presse eine Verletzung der klaren Bestimmungen des Gesetzes und eine Maßnahme, die geeignet ist, die publizistischen und geschäftlichen Voraussetzungen des Zeitungsbetriebs zu zerstören. Das Vorgehen steht nicht nur im Widerspruch mit dem Wortlaut und Sinn des § 8 des Pressegesetzes, sondern auch mit der bisherigen Praxis. Der Vorstand des Landesverbandes der bayerischen Presse erhebt daher gegen dieses Verfahren ganz entschieden Widerspruch und gibt der Zuversicht Ausdruck, daß dieser Fehlgriff von der zuständigen Instanz korrigiert wird.

**Dem Verdienste seine Krone.**

Bei der Lösung der bayerischen Königsfrage und bei der Erhöhung der Zivilliste war der Zentrumsgesandte Domkapitular Dr. Richter so hervorragend beteiligt, daß ihm jetzt der Verdienstorden der bayerischen Krone überreicht worden ist. Mit dieser Ordensauszeichnung ist der verdienstvolle Adel verbunden. Herr v. Richter hat es also erreicht.

**Ausland.**

**Schweiz.**  
Das neue Schweizer Fabrikgesetz wurde am Mittwoch vom Schweizer Nationalrat einstimmig angenommen. Das Gesetz

Er tüchtete mehrere Gampelmänner sorgfältig an und verfertigte eine Berlinde, die der Thebenin ähnlich sah. Dieses Mädchen gefiel ihm, und der alte Episkop lobte die Anordnung ihrer Atome. Mit dieser Arbeit beschäftigte er sich bis zur Rückkehr des Barnabiten.

„Mein Vater,“ sagte er, ihm die Tür öffnend, „ich sagte Ihnen voraus, daß unser Wahl kärglich sein würde. Es gibt nur Kastanien. Und dabei sind sie noch nicht mal recht schmackhaft.“

„Kastanien!“ rief der Vater Longuemare lächelnd, „es gibt nichts, das besser schmeckt. Mein Vater war ein verarmter Edelmann aus der Gegend von Limoges; seine ganze Habe bestand in einem haufälligen Laubenszweig, einem verwilderten Obstgarten und ein paar Kastanienbäumen. Er lebte mit Frau und zwölf Kindern von diesen grünen Kastanien und wir waren alle gesund und kräftig. Ich war der Jüngste und Ausgelassenste; mein Vater sagte mir, er wolle mich als Freibeuter nach Amerika schicken. . . Ach! mein Herr, wie duftet diese Kastanienbrühe! Sie erinnert mich an den kinderreichen Tisch, an dem meine Mutter lächelnd saß.“

Nach der Mahlzeit ging Brotteaux zu dem Spielwarenhändler Joly in der Rue Neuve des petits Champs; dieser nahm ihm die von Caillon abgelehnten Gampelmänner ab und bestellte fürs Erste nicht zwölf Dutzend neue, sondern gleich vierundzwanzig Dutzend.

Als Brotteaux nach der Rue Royal kam, sah er auf dem Revolutionsplatz ein Dreieck aus Stahl zwischen zwei Holzpfosten blitzen; es war die Guillotine. Eine riesige fröhliche Zuschauermenge umdrängte das Schafott und erwartete die Ankunft der Genferkarren. Weiber mit flachen Körben vor dem Leibe boten Butterkruden feil. Leberkäse-Kingelken mit ihrer Schale; am Fuße der Freiheitsstatue zeigte ein alter Mann Guckkastenbilder auf einer kleinen Bühne, über der sich in einer Schaulust ein Affe schwang. Stunde lekten unter dem Schafott das gestirnt vergessene Blut auf. . .

Brotteaux kehrte nach der Rue Honore zurück. In seiner Lachtube fand er den Barnabiten, sein Brevier leidend.

bringt den Neinstundentag, schränkt die Nacht- und Sonntagsarbeit ein, verbietet diese für Frauen und Jugendliche unter 18 Jahren, setzt als Mindestalter für Fabrikarbeiter 14 Jahre fest und gewährt Wächnerimmunität bis zu acht Wochen.

**Oesterreich-Ungarn.**

Die beleidigte Habsburgische Majestät. Der Wiener Korrespondent der „Times“, Henry W. Stead, hat ein Buch über die habsburgische Monarchie veröffentlicht, durch das Kaiser Franz Josef beleidigt sein soll. Das Buch wurde beschlagnahmt. Der Verfasser machte nun gegen die Beschlagnahmung seinen Einspruch geltend, der jedoch in diesen Tagen vom Wiener Landgericht verworfen wurde.

**Badischer Landtag.**

In der gestrigen Sitzung wurde der Gesetzentwurf über Abänderung des Jagdgesetzes, der sich hauptsächlich mit den Schonzeiten des Wildes befaßt nach einer längeren Debatte angenommen in der sich Genosse Ged entschieden für die Berücksichtigung der Konjumenteninteressen aussprach. Alsdann wurde in die Beratung zahlreicher Eisenbahnpetitionen eingetreten, die alsdann mit Hilfe einer Nachmittagsitzung erledigt wurden.

**94. öffentliche Sitzung der Zweiten Kammer.**

gr. Karlsruhe, 19. Juni.  
Präsident Nothdurft eröffnet die Sitzung um 9.30 Uhr.  
Am Regierungstisch: Minister v. Bodman und Kommissäre.

**Gesetzentwurf über das Jagdgesetz.**

Abg. Sidel (Natl.) berichtet namens der Kommission über den Gesetzentwurf, dessen Annahme mit wenig Abänderungen einstimmig empfohlen wird. Es handelt sich teils um Bestimmungen über die Gründe für Verweigerung des Jagdpasses im Falle nicht ausreichender Versicherung, teils um Vorschriften über die Schonzeit des Wildes. Die Zweite Kammer setzte die von der Regierung vorgeschlagene Schonzeit für Rebhühner herab, und zwar auf die Zeit vom 1. Januar bis einschließlich 14. Mai. Die übrigen Schonzeitbestimmungen wurden teils in der Fassung des Regierungsentwurfs, teils der Ersten Kammer angenommen.

Präsident Nothdurft teilt mit, daß folgende Anträge eingegangen:

Ein Antrag Ged (Soz.) u. Gen., die Zweite Kammer wolle beschließen, den Art. 2 § 17 Biff. 3 in der Fassung des Regierungsentwurfs wieder herzustellen, also die Schonzeit der Rebhühner vom 1. Februar bis 31. Mai festzusetzen und § 17 Biff. 12 in der Fassung der Ersten Kammer anzunehmen, also, die Schonzeit für Scherben und andere Stumpf- und Wasserfesseln vom 1. April bis 23. August festzusetzen.

Ein Antrag Dr. Wagner (Natl.) u. Sühling (Soz.), dem § 17 Biff. 12 die Fassung der Ersten Kammer zu geben, wie dies der zweite Teil des Antrags Ged will.

Ein Antrag Fischer (Natl.), im Art. 1 einzusetzen, daß die Versicherungsprämie in den Jagdpass eingerechnet wird und die Schonzeiten wie folgt festzusetzen: 1. für Rebhühner vom 1. Januar bis einschließlich 30. April; 2. für Hasen vom 1. Februar bis 10. September; 3. für Rebhühner vom 1. Jan. bis 23. August.

Abg. Dufner (Zentr.) wünscht die Annahme des Gesetzes, wie es heute vorliegt.

**Abg. Ged (Soz.):**

Das Gesetz berücksichtigt die Wünsche vieler Interessenten nicht. Vor allem fehlt die Rücksichtnahme auf den Wildprethandel. Ich habe daher mit einigen Kollegen einen Antrag auf Verringerung einiger Paragraphen des Gesetzes vorgeschlagen und wünsche vor allem, daß die Schonzeit der Rebhühner vom 1. Februar bis 31. Mai festgesetzt wird. Dies liegt im Interesse der Konjumenten, denn gerade Ende Dezember und Anfang Januar wird viel Wild verzehrt. Durch meinen Antrag soll der Spekulation entgegengetreten werden. Heute wird bereits auf einmal viel Wild abgeschossen und dann auf Eis gelegt. Beim jetzigen Verfahren wird der Preis oft künstlich erhöht. Als Tierfreund sollte man den Scherben eine Schonzeit vom 1. April bis 23. August gewähren und nicht nur, wie es der Regierungsentwurf will, vom 16. April bis 30. Juni. Man muß bei den Vorschriften Rücksicht auf die klimatischen Verhältnisse nehmen. Diesem Gesichtspunkt muß in härterer Maße Rechnung getragen werden, wie dies in Preußen sogar für die einzelnen Provinzen geschieht. Ich gönne den Leuten, die auf die Jagd gehen, gerne ihr Vergnügen, einmal in ihrem Leben einen Bock zu schießen, aber der Grundsatz für eine reguläre Fortpflan-

Er wünschte sorgfältig den Tisch ab und legte seinen Maltasten nebst den Werkzeugen und dem Material seines Handwerks darauf.

„Mein Vater,“ sagte er, „erscheint Ihnen diese Beschäftigung Ihres geistlichen Standes nicht unwürdig, ja helfen Sie mir bitte beim Anfertigen von Gampelmännern. Ein Herr Joly hat mir heute früh eine ziemlich große Bestellung gemacht. Ich will die fertigen Figuren antuschen, und Sie will derweilen vielleicht so gut, Köpfe, Arme, Weine und Hümpfe nach diesen Modellen auszuschnitten. Es gibt keine besseren; sie sind von Watteau und Boucher gemacht.“

„Ich glaube allerdings,“ sagte Longuemare, „daß Watteau und Boucher die rechten waren, um solches Zeug zu malen; es wäre für ihren guten Ruf besser gewesen, wenn sie nur harmlose Gampelmänner gemacht hätten, wie diese. Ich will Ihnen gern helfen, nur fürchte ich, mir fehlt das nötige Geschick dazu.“

Der Vater Longuemare mißtraute seinem Geschick mit Recht. Nach mehreren mißlungenen Versuchen mußte er einsehen, daß er nicht imstande war, mit der Spitze des Federmessers hübsche Konturen aus einem Stück Wappe auszuschnitten. Doch als ihm Brotteaux Bindfaden und eine Nadelfabrik gab, wußte er sehr geschickt den Keinen Figuren, die er nicht zu schneiden vermochte, Bewegung zu geben und sie tanzen zu lassen. Mit Vergnügen probierte er ihre Schritte aus, ließ jede ein paar Cabottetas machen, und wenn sie seinen Ansprüchen genügten, so glitt ein Rächeln über seine strengen Züge.

**(Fortsetzung folgt.)**

**Spielplan des Hoftheaters Karlsruhe.**

Samstag, 20. Juni. 6. Vorst. auf. Ab. „Unter Abend“, Lustige Mierlei. Kassenpote. Die schöne Galathea. Anfang 7 1/2 Uhr, Ende 11 Uhr.  
Sonntag, 21. Juni. A. 67. „Mignon“, Oper in 3 Akten von Ambroise Thomas. Anfang 7 Uhr, Ende gegen 10 Uhr.  
Montag, 22. Juni. B. 68. „Scherin und Gertrude“, Scherzspiel in 4 Akten von Ernst Hradt. Anfang 7 1/2 Uhr, Ende 10 Uhr.



zung zu sorgen, darf dabei nicht vernachlässigt werden. Ich bitte daher um Annahme meines Antrags sowohl im Interesse der Händler wie der Konsumenten.

Abg. Dr. Wagner (Natf.) begründet seinen Antrag. Da der Präsident sagte, daß nächste Woche die Schongzeit der Abgeordneten beginne soll, will ich mich kurz fassen. (Geisterzeit.) Der Wildstand ist nicht abhängig von der Schongzeit, sondern von anderen Dingen. Die Wildtaube sollte während ihrer Brutzeit geschont werden.

Abg. Fischer (Konf.) begründet seinen Antrag und bittet das Haus um dessen Annahme.

Ministerialrat v. Wistleben: Die Anregungen betreffs Nachzeit werden geprüft werden. Personen mit geistigen Defekten wird heute schon der Jagdpasß verweigert. Ich bitte, die Schongzeit der Schneppen in der Fassung der Ersten Kammer festzusetzen, wie dies der zweite Teil des Antrags Ged und der Antrag Wagner will, da dies auf den neueren biologischen Forschungen beruht. Gegen die Zulassung der Jagd auf Rehböde im Januar möchte ich mich aussprechen, denn durch eine Vermehrung mit Rehschneppen könnten hier unangenehme Verstragungen eintreten. Die Bedenken für den Wildprethandel scheinen mir nicht stichhaltig. Die Frage der Schongzeit von Wildtauben wird geprüft werden. Es wäre korrekt, wenn man die Schongzeit für Rehböde bis 1. Juni verlängern würde. Für eine Ausdehnung der Jagdzeit für Rehbühner kann sich die Regierung nicht erwidern.

Abg. Niederbühl (Natf.): In der Ebene sollte die Schongzeit für Rehböde früher freigegeben werden.

Abg. Schürmeister (Zentr.) wird gegen den Gesekentwurf stimmen, da infolge der Schongzeiten viele Klagen über Wildschäden vorkommen.

Präsident Rohrbuch teilt mit, daß ein Antrag Süßkind (Soz.), Spang (Natf.) und Koch (Natf.) auf Schluß der Debatte einging. — Der Antrag wird angenommen.

Es wird zu den Abstim mungen geschritten. Die Anträge Fischer (Konf.) werden abgelehnt. Ebenso wird der Antrag Ged (Soz.) bezüglich Schongzeit der Rehböde abgelehnt. Der Antrag Ged (Soz.) und Dr. Wagner (Natf.), der für Schneppen und das andere Sumpf- und Wassergetriebe Schongzeit vom 1. April bis einschließlich 23. August verlangt, wird angenommen. Der Gesekentwurf wird in namentlicher Abstimmung mit 61 gegen 7 Stimmen angenommen.

Eisenbahnpetitionen.

Abg. Spang (Zentr.) berichtet über die Petition der Gemeinden Tauberhirschhofheim u. a. um Erbauung einer Eisenbahn von Königheim über Hirschhofheim nach Gardsheim. Die Petenten weisen auf die wirtschaftliche Notwendigkeit hin. Die Großh. Regierung verhält sich in Anbetracht der Kosten ablehnend. Die Kommission beantragt empfehlende Ueberweisung in bestimmtem Sinne.

Abg. Dr. Schofer (Zentr.) unterstützt die Petition. Ministerialrat Wolpert teilt mit, daß er ein Versprechen nicht abgeben könne, daß die Regierung schon im nächsten Budget an einen Entwurf für das Projekt dieser Bahn herantreten werde.

Der Kommissionsantrag wird angenommen.

Abg. Hertle (Konf.) berichtet über die Petition des Gemeinderats Mülsheim um Weiterbau der Bahn von Gardsheim über Mülsheim nach Wertheim. Die Kommission beantragt empfehlende Ueberweisung.

Abg. Reubaus (Zentr.) unterstützt die Petition. Der Kommissionsantrag wird angenommen.

Abg. Gölrlacher (Zentr.) berichtet über die Petition um Erbauung einer Eisenbahn von Kimmenshausen-Salem durch das Deggenhauserthal nach Pfullendorf. Die Kommission beantragt empfehlende Ueberweisung.

Die Abgg. Weishaupt (Zentr.) und Schürmeister (Zentr.) unterstützen die Wünsche der Petenten.

Abg. Benedek (F. Rp.) schließt sich den Wünschen an, da die Bahn sowohl im Interesse der Umgebung wie von Konstanz liegt.

Ministerialdirektor Schulz wünscht ein Maßhalten in Eisenbahnwünschen.

Der Kommissionsantrag wird angenommen.

Abg. Welser (Zentr.) berichtet über die Petition um Erbauung einer Eisenbahn von Osterburken oder Sedach durch das Bauland. Die Kommission beantragt Kenntnisnahme in bestimmtem Sinne.

Die Abgg. Schell (Zentr.) und Hertle (Konf.) unterstützen die Petition und bebauern, daß die Regierung die Wünsche nicht unterstützt.

Der Kommissionsantrag wird angenommen.

Präsident Rohrbuch teilt mit, daß ein Staatsvertrag zwischen Baden und Hessen über den Bau der Bahn von Redarfein nach Schönau einging.

Hierauf verlegt sich das Haus auf nachmittag halb 4 Uhr. Schluß der Sitzung; 1 Uhr.

Nachmittagsitzung.

Präsident Rohrbuch erklärt 3.35 Uhr die Sitzung wieder eröffnet.

Es wird in die Tagesordnung — Eisenbahnpetitionen — fortgefahren.

Abg. Duffner (Zentr.) berichtet über die Petitionen a) des Gemeinderats Engen um Erbauung einer Bahn von Engen über Ach-Egelingen-Ertingen nach Zwingen an die Bodenseegürtelbahn; b) der Gemeinden Stodach, Ueberlingen und Neßkirch um Ueberführung der Bahn über Stodach nach Ludwigsbühl. Einen Teil seiner Petition hat der Gemeinderat Engen zurückgezogen. Die Kommission beantragt empfehlende Ueberweisung.

Die Abg. Dr. Wagner (Natf.), Schürmeister (Zentr.), Martin (Zentr.), Graf (Zentr.) unterstützen die Petition. Der Kommissionsantrag wird angenommen.

Abg. Dr. Gerber (Natf.) berichtet über die Petition um Erbauung einer Eisenbahn von Hilsbach oder von Waldangelloch über Weiler nach Sinsheim. Die Kommission beantragt nach den Aufschlüssen der Regierung Uebertragung zur Tagesordnung.

Die Abg. Müller-Eppingen (Konf.) und Siedler (Natf.) treten für die Petition ein.

Der Kommissionsantrag wird angenommen.

Abg. v. Meidenstein (Zentr.) berichtet über die Petition des Gemeinderats Billingen um Errichtung einer Kraftwagenlinie Hinterbilingen-Billingen-Wöhrenbach und Billingen-Königsfeld. Die Kommission beantragt empfehlende Ueberweisung.

Abg. Gölrlacher (Zentr.) freut sich über die freundliche Aufnahme der Petition.

Der Kommissionsantrag wird angenommen.

Abg. Duffner (Zentr.) berichtet über die Petition des Gemeinderats Billingen um Errichtung einer Kraftwagenverbindung durch die Staar, und über die Petition um eine Kraftwagenlinie von der Staar nach Donauwörth. Die Kommission beantragt empfehlende Ueberweisung.

Die Abg. Dr. Wagner (Natf.) und Gölrlacher (Zentr.) treten für die Petitionen ein.

Der Kommissionsantrag wird angenommen.

Abg. Welser (Zentr.) berichtet über die Petition um Errichtung einer Kraftwagenlinie Münschwier-Diersbrg bezw. Diersbrg-Oberbrunn. Die Kommission beantragt Uebertragung zur Tagesordnung. — Der Antrag wird angenommen.

Abg. Dr. Gerber (Natf.) berichtet über die Petition der Orte Tiefenbronn, Mühlhausen, Lehningen und Steinegg um Errichtung einer staatlichen Automobilverbindung mit Forstheim. Diese Petition lag schon mehrmals vor. Die Kommission war der Ansicht, daß der Staat an die Gemeinden keine so großen Anforderungen stellen sollte und beantragt empfehlende Ueberweisung in bestimmtem Sinne.

Abg. Stodinger (Soz.):

Die jegige Autoverbindung vermag nicht den großen Arbeiterbedarf zu bewältigen. Die Arbeiter erstreben auch im Interesse ihrer finanziellen Lage die Einrichtung einer staatlichen Kraftwagenlinie. Hierbei sollte jedoch der Staat an die Gemeinden keine so großen Anforderungen stellen. Die Regierung sollte daher einen höheren Zuschuß, als sie beabsichtigt, machen, um die Fahrpreise für die Arbeiter ermäßigen zu können. Ich bitte daher, auch im Namen meines Freundes Ged, um Erfüllung meines Wunsches.

Der Regierungsvertreter teilt mit, daß die Regierung hierzu 2800 Mk. Zuschuß leistet. Höher kann sie jedoch nicht gehen.

Abg. Stodinger (Soz.):

Der Zuschuß der Regierung ist unter Berücksichtigung der jetzigen Leistungen gering.

Der Kommissionsantrag wird angenommen.

Abg. Engelhardt (Zentr.) berichtet über die Petition der Gemeinde Rauthheim um Einführung einer Kraftwagenverbindung der dortigen Landgemeinden mit der Amtstadt. Die Kommission beantragt Kenntnisnahme.

Abg. Hertle (Konf.) unterstützt die Petition. Der Kommissionsantrag wird angenommen.

Abg. Seubert (Zentr.) berichtet über die Petition des Gemeinderats Stettfeld um Errichtung einer Haltestelle an der Staatsbahn bei Marktstation 98. Die Kommission bittet um Berücksichtigung der Wünsche und beantragt im übrigen Uebertragung zur Tagesordnung.

Abg. Hartmann (Zentr.) begründet seinen Antrag, die Petition zur Kenntnisnahme zu überweisen.

Abg. Müller-Eppingen (Konf.) schließt sich den Ausführungen an.

Der Antrag, die Petition zur Kenntnisnahme zu überweisen, wird angenommen.

Abg. Welser (Zentr.) berichtet über die Petition der Gemeinden Unterkirnach, Stodach und Mönchweiler um Errichtung einer Eisenbahnstation im Gröppetal bei Billingen. Die Kommission beantragt empfehlende Ueberweisung.

Abg. Gölrlacher (Zentr.) tritt für die Petition ein. Der Kommissionsantrag wird angenommen.

Abg. v. Meidenstein (Zentr.) berichtet über die Petition des Gemeinderats Dittigheim um Errichtung einer Haltestelle daselbst. Die Kommission beantragt Kenntnisnahme.

Präsident Rohrbuch teilt mit, daß ein von allen Parteien unterzeichneter Antrag einging, die Petition empfehlend zu überweisen.

Nach einigen unterstützenden Bemerkungen der Abg. Schofer (Zentr.) und Rödel (Zentr.) wird der Antrag auf empfehlende Ueberweisung angenommen.

Abg. Dr. Gerber (Natf.) berichtet über die Petition um Einführung von Schnellzugs- bezw. Sitzzughalten auf Station Wiesloch-Walldorf. Die Kommission beantragt Kenntnisnahme in bestimmtem Sinne.

Ein Antrag Hartmann (Zentr.) und Bitter (Natf.) wünscht empfehlende Ueberweisung der Petition in bestimmtem Sinne. Ministerialdirektor Schulz macht Bedenken gegen diesen Antrag geltend.

Der Antrag Hartmann wird zurückgezogen und der Kommissionsantrag wird angenommen.

Abg. Duffner (Zentr.) berichtet über die Petition der Arbeiter von Volkertshausen, Ach und Egelingen um Errichtung eines unentgeltlichen Obdaches für ihre Fahrräder auf Station Hohenkärhen. Die Kommission beantragt empfehlende Ueberweisung in bestimmtem Sinne.

Abg. Martin (Zentr.) hätte ein weitergehendes Entgegenkommen der Regierung gewünscht, gibt sich jedoch nach den Regierungserklärungen zufrieden.

Abg. Dr. Wagner (Natf.) schließt sich den Ausführungen an.

Abg. Rahn (Soz.):

Auch mir wurde von Arbeitern der Wunsch auf Ermäßigung der Gebühr geäußert. Ich bitte daher um Reduzierung der Gebühr.

Vom Regierungsvertreter wird mitgeteilt, daß die Frage geprüft wurde und der Preis ermäßigt wurde, und zwar für Monatskarten auf 80 Pfg. und für Wochenkarten auf 20 Pfg. Der Kommissionsantrag wird angenommen.

Nächste Sitzung: Montag nachmittag 4 Uhr. Tagesordnung: Antrag Kolb über die Gemeindevahlen; Antrag Reckhoff über die Arbeitslosenversicherung; Anträge über die Hypothekennot; Petition auf Aufhebung der Wertzuwachssteuer. Schluß der Sitzung: 6.30 Uhr.

Badische Politik.

Die Christen gegen die erste Kammer.

Bekanntlich ist die Kommission der ersten Kammer des badischen Landtages über einen Antrag der „christlich-nationalen“ Arbeiterschaft zur Einführung einer Arbeitslosenversicherung einfach zur Tagesordnung übergegangen. Hiergegen nahm eine Vorstandsmitgliederversammlung der christlichen Gewerkschaften, welche vorgeföhrt in Freiburg stattfand, Stellung und nach sehr lebhafter Debatte wurde nach dem „Bad. Beobachter“ folgende Resolution angenommen:

Die Versammelten danken der Budgetkommission der zweiten Kammer, daß sie den hauptsächlichsten Inhalt der Petition der christlich-nationalen Arbeiterschaft bezüglich der Arbeitslosenversicherung zu einem entsprechenden Antrag an das Plenum verdrückte. Sie sprechen die Hoffnung aus, daß die zweite Kammer der badischen Landtage die von ihrer Kommission gefassten Beschlüsse bezüglich der Arbeitslosenversicherung akzeptiert. Mit Bedauern aber nehmen die Versammelten Kenntnis von den Beschlüssen, die die Kommission der ersten Kammer in dieser Frage fasste. Sie erwarten, daß das Plenum der ersten Kammer diesem sehr bedauerlichen Beschlusse nicht beitrifft. Angesichts des Umstandes, daß die erste Kammer noch alle Anforderungen zur Förderung des Handwerks, der Landwirtschaft, der Vieh- und Pferdezüchtung bewilligt hat, ist es wohl kein unbilliges Verlangen, wenn die christlich-nationale Arbeiterschaft einen entsprechenden Betrag für ihre arbeitslosen Kollegen fordert. Sollte die erste Kammer wider Erwarten dem ablehnenden Beschlusse ihrer Kommission beitreten, so müßten die christlich-nationalen Arbeiter darin eine einseitige Zu-

Zur Ausstellung badischer Korbwaren im Großh. Landesgewerbeamt in Karlsruhe.

Durch die Ausstellung badischer Korbwaren in der Halle des großh. Landesgewerbeamtes wird die Aufmerksamkeit auf ein Gewerbe gelenkt, das in unserm Lande einen großen Aufschwung genommen hat. Die weiten Niederungen und Alluvialflähen des Rheins mit ihren reichen Weidenbeständen können einen beträchtlichen Teil des Rohmaterials für die Korbflechterei liefern, das durch die Einfuhr von ausländischem Rohr (Rambus, spanisches Rohr) ergänzt wird. Die Technik des Korbflechtens selbst ist uralt; die Formen, soweit sie nicht als reine Zweckformen aus der Verarbeitung sich herausentwickelt haben, wechseln mit Stil und Geschmack. Unser heutiges Kunstgewerbe, das viele alte Techniken wieder in gesunde Bahnen gelenkt hat, darf naturgemäß an den Korbwaren, die sich im neuzeitlichen Heim vollwertige Daseinsberechtigung erzwungen haben, nicht verübergehen. Dank des gestaltungsfähigen Materials, der Festigkeit und der sinnvollen Verstellungsweise sind uns die Korbwaren unerlebbare Gebrauchsgegenstände geworden, deren Formen zu künstlerischem Ausdruck geeignet erscheinen. Glücklichlicherweise hat man aufgehört zu glauben, daß „künstlerisch“ unbedingt mit „berziert“, „geschmückt“ oder „ornamentiert“ zusammenhängen müsse. Wir leben mit unserer Kritik nicht mehr an der Oberfläche des Dinges, sondern suchen die Kunst in der Natürlichkeit, Zweckmäßigkeit und in der gefunden, wahren Verstellungsweise. Eine Zweckform allein kann allerdings keinen Anspruch auf „Kunst“ erheben (z. B. eine Maschine). Die gelungene Absicht, schon zu erscheinen, erst gibt dem Gegenstande ästhetische Werte. Dabei kann natürlich ein Schmuck, besonders, wenn er sich aus dem Werte organisch herausentwickelt, die Absicht seines Schöpfers unterstützen und zur harmonischen Abrundung des Ganzen beitragen.

Von diesen Gesichtspunkten aus erscheint es angebracht, die Ausstellung einer Betrachtung zu unterziehen.

Als eine Zweckform sind die gewöhnlichen Obstkörbe aus ungeschälten Weiden („grüne Ware“) und die Spankörbe (Körbe, Fichten- und Buchenspäne) anzupreisen. Wir erwarten hier keine künstlerische Ausgestaltung, sondern freuen uns ihrer Fähigkeit und Festigkeit. Anders bei den gebietigen Spankörben mit Malerei. Hier sind leider eine große Zahl von Weispfelen vorhanden, die mit ihren verwitterten, gleichgültigen Weispfelen nicht unsern Weisfall finden. Der weiche Seidenglanz des Hol-

zes wird ertötet statt gehoben, auch müßten die Pinselornamente voller (paños) aufgetragen sein, um ein freundliches, frisches Aussehen zu erreichen.

Was sich allein durch geübene Arbeit bei Verwendung schönen, guten Materials erreichen läßt, zeigen eine Reihe von Weiden- und Reisföhren, die in ihrem dichten, festen Geflecht (geschlagene Arbeit), einen herzerfreuenden Anblick bieten. Ein vortrefflicher, dichtgedrehter Henkel schon besitzt da ornamentale Wirkung. Die leichte Weibengerte oder das schwanke Reddigrohr als Einzelerzeugung sind Dinge, die für sich nur wenig Halt und Festigkeit haben, die aber in der Masse, in innigem Zusammenhang untereinander, ein äußerst haltbares und dabei leichtes Gefüge bilden können. Vom ästhetischen Standpunkt aus kann also nur die Fläche und das Bündel, die den Eindruck des Geschlossenen, des festig Brauchbaren machen, befriedigen. Es drängt sich hier das Beispiel des Weiden mit seinen sieben uneinigen Söhnen auf, die einzeln leicht zu überwinden sind, die aber einig, eine Macht vorstellen.

Recht weit von diesen Anforderungen an ein festes Gefüge sind eine Zahl von Blumenrippen entfernt, die in schwüftigen Formen, in unangenehmen Weistönen und dazu ladiert, sich breit machen. Es ist wirklich schade um die sonst teilweise vollendete und schöne Flechttechnik, die fast nur auf wertlose, unnötige Anhängel und „Verzierungen“ vergebend ist. Besonders das Gebrett mit „bergoldeten“ Stäbchen hätte man lieber nicht gesehen.

Den wohlthuenden Gegenstoß hierzu geben die schönen, einfachen und konstruktiven Blumenrippen an.

Für den ästhetisch befriedigenden Anblick ist die Gleichförmigkeit, die Einheitlichkeit des Materials eine Hauptbedingung. Deshalb wollen uns die Möbel, die zu gleichen Teilen Holz und Geflecht zeigen, nicht recht gefallen. Weide Materialien sind doch zu weit in ihrer Wirkung voneinander entfernt, als daß sie sich so ohne weiteres vereinen lassen. Wir wollen z. B. ein Stuhlgerüst, dessen stützenden Teile aus Holz sind und an die weitere wichtige Teile aus Geflecht angeflochten sind, vergleichen mit einem einheitlich geflochtenen Stuhlgerüst. Das Letztere muß zugunsten des Letzteren ausfallen. Selbst die notwendigen eisernen Teile einer Ruhebank, die mit der weissen Farbe des Geflechtes zusammengehen, wirken nicht so fremd, wie das glänzende Holz in Verbindung mit Geflecht.

Ein dankbares Objekt für die Korbwareindustrie sind die Kinderwagen, Stubenwagen usw., von denen einige Beispiele zu sehen sind. Hier ist der baugleiche, muschelartige Form der

Vorzug zu geben. Sie erweckt so recht bei größerer Festigkeit das Gefühl des Geborgenseins unserer lieben Kleinen. Wir Recht verlangt man hier ein dichtes Geflecht, das die immer beweglichen Fingerchen des Kindes nicht eindringen läßt und geschützt. Allerdings wäre die Verbindung mit dem Fahrgestell aus Holz noch zu verbessern, z. B. durch Umwickeln der Holzröhren usw. mit Geflecht, um wie bei den Korbseilen einen befriedigenderen organischen Eindruck zu erzielen.

Die große Zahl von schönen, dichtgeflochtenen Korbseilen, Garderoben, Waschkörben usw. legt ein erfreuliches Zeugnis ab davon, wie sich hier durch Flecht und Ausdauer eine gewisse Sicherheit, ein Stil heraus entwickelt hat. Daselbst gilt auch von den schönen Reisföhren, die von einem der Hersteller an besonders gefährdeten Stellen noch mit Leder gepanzert sind und so die Lebensdauer erhöhen. Auch für unsere vierbeinigen Lieblinge wird gesorgt: Die geflochtenen Hundewägen für die Reife dürften schon vom gesundheitlichen Standpunkt aus sehr empfehlenswert sein.

Wie auf vielen andern Gebieten leistet die leidige Preisfrage auch hier teilweise einer mangelhaften Arbeit Vorschub. Es sind die leichteren, wenig dichten Korbwaren gemeint, die besonders als Stuhlgerüst nicht nur das Auge beleidigen, sondern auch das Ohr belästigen, wenn sich nach kurzem Gebrauche die Verbindungen lösen und lockern und den Halt verlieren unter Nachen und Stößen. Von großer Wichtigkeit ist die Oberflächenbehandlung. Die Geflechte sollten aus Gründen der Reinlichkeit möglichst glatt und hart sein. Ein rauhes Rohr saßert leicht und läßt den Schmutz leicht anhaften. Es würde zu weit führen, alle Erscheinungen in den Kreis unserer Betrachtung zu ziehen. Die Korbwarendeckel legt sich auch manchmal auf kleine Spielereien, von denen sie selbst, wie auch der Käufer wenig Gewinn hat. Hoffen wir, daß sich solche Uebergriffe von selbst regeln.

Dem Großh. Landesgewerbeamt gebührt Anerkennung, daß es ein Gewerbe in einer vielfältigen Geschlossenheit zur Ausstellung gebracht hat, die dem Beschauer einen klaren Begriff davon vermittelt, was in der Korbflechterei geleistet wird. Eine derartige Erscheinung regt zur Steigerung der Qualitätsarbeit an und fördert eine Kulturarbeit im Sinne des Deutschen Werkbundes. Gerade derartige Gewerbe, deren Gebaren sich der Kenntnis der Allgemeinheit mehr entziehen, bedürfen des größten Interesses, um den Wünschen der Abnehmer gerecht werden zu können und sich so selbst den Abzug zu sichern, der wiederum die Arbeit hebt und reifer macht. A. Kujala



rückführung und Befreiung der Wünsche des Arbeiterstandes erblicken, die um so verlockender wirken muß, als die Erste Kammer den Wünschen der wirtschaftlich besser gestellten Ständen stets ein bereitwilliges Ohr geschenkt hat.

Diese Hoffnung hat sich aber als trügerisch erwiesen, denn zur selben Zeit als die Christen in Freiburg tagten, ist auch das Plenum der Ersten Kammer über den genannten Antrag ebenfalls zur Tagesordnung übergegangen. Die hohen Herren der Ersten Kammer wissen nichts von der Not der Arbeitslosen. Sie befinden sich wohl selbst die meiste Zeit des Jahres im Zustand der „Arbeitslosigkeit“; aber sie leiden nicht darunter, sondern amüsieren sich während derselben. Was scheren die Leute sich um das „Arbeiterpad“, ob es sich nun „sozialdemokratisch“ oder „christlich-national“ nennt. Das bleibt sich ihnen ganz egal.

Aus der Stellungnahme der „Christlich-Nationalen“ gegen die Erste Kammer sowohl, wie aus dem Wortlaut der Resolution geht aber mit aller nur wünschenswerten Deutlichkeit hervor, daß der Gedanke des Klassenkampfes sich nicht unterdrücken läßt und sich auch die Christen, ob sie wollen oder nicht, auf den von der Sozialdemokratie schon längst betretenen Boden des Kampfes der unterdrückten Klassen gegen die Reichen stellen müssen.

Dieser Kampf wäre aber schon längst ein wirkungsvoller geworden, wenn die Drahtzieher der Christen gegen die Sozialdemokratie, die in der richtigen Erkenntnis, daß es zwischen Arm und Reich keine Verständigung gibt und sich auf den Boden des Klassenkampfes stellt, eine vernünftige Haltung einnehmen und Schulter an Schulter mit der modernen Arbeiterbewegung diesen Kampf führen würden.

Aber das verstößt gegen die Zentrumspolitik, die den Klassenkampf verwirft, und es mit den Interessen der Reichen hält. Deshalb hegen die Gewerkschaftskräfte die katholischen Arbeiter gegen die Sozialdemokratie auf. Aber es wird einmal die Stunde kommen, wo auch ihnen einmal die Augen aufgehen werden.

Wie die Christen gegen die freien Gewerkschaften hegen geht aus einer anderen Resolution hervor, die auf der gleichen Tagung gegen die Bestrebungen der Scharfmacher zur Schaffung von Ausnahmegesetzen gegen die organisierte Arbeiterchaft gefaßt wurden und die lautet:

Die am 18. Juni 1914 im Ganterbau tagende, von über 100 Personen besuchte Vorstandsmittglieder- und Vertrauensmännerversammlung des Ortsverbandes der christlichen Gewerkschaften Freiburgs verurteilt auf das entschiedenste die Bestrebungen auf Schaffung von Ausnahmengesetzen gegen die Gewerkschaften der Arbeiter, wie sie in den Anträgen der Scharfmacher und der Konserativen im deutschen Reichstage zum Ausdruck kamen. Die Versammlung verurteilt jeden Herrorkommis; da wo er vorkommt, muß mit aller Entschiedenheit vorgegangen werden, wozu aber nach Ansicht der Versammlung die bisherigen gesetzlichen Bestimmungen durchaus genügen.

Da aber nicht nur die sozialdemokratischen Gewerkschaften, sondern auch zahlreiche Arbeitgeberverbände durch schwarze Listen und Unternehmungsart nach dem Koalitionsrecht der Arbeiter einzuschränken versuchen, so fordern die Versammlung die Beseitigung des § 153 der Gewerbeordnung. Endlich sprechen die Versammlung dem deutschen Reichstage ihre Anerkennung aus, daß er wiederholt die Anträge der Scharfmacher auf Schaffung von Ausnahmengesetzen gegen die Arbeiterorganisationen abgelehnt hat.

Die Christen stellen da die „sozialdemokratischen“ Gewerkschaften auf eine Stufe mit den Arbeitgeberverbänden, die beide — nach christlicher Auffassung wenigstens — das Koalitionsrecht der Arbeiter einschränken. Das ist eine christliche Schindluderei, wie sie im Buche steht. Weil die freien Gewerkschaften manderorts unter Berufung auf ihre ausschlaggebende Stellung die paar christlichen Quertreiber mit Recht als vertragsberechtigten Faktor nicht anerkennen, deshalb sollen sie „Feinde des Koalitionsrechtes“ sein. So verwirrt die christliche Giftspalte die Begriffe.

**Zum Fall Wader.**

Das päpstliche Organ die „Unita cattolica“ hat in einem Artikel die indizierte Schrift Waders als „Inbegriff aller modernistischen und protestantischen Irrtümer“ bezeichnet. Darauf erwiderte der „Bad. Beobachter“ mit ausgeführter Grobheit:

„Die Tägliche Rundschau“ läßt sich schreiben, die italienische Zeitung „Unita cattolica“ erklärt, der Aufsatz Waders in der Wochenzeitschrift „Gegen die Quertreiber“ sei der Inbegriff aller modernistischen Irrtümer. Wir wissen nicht, ob die „Tägliche Rundschau“ richtig berichtet; aber das ist bekannt, daß die „Unita cattolica“ ein italienisches Quertreiberorgan ist, das über deutsche Verhältnisse umso größerer Nutzen leisten kann, als es den Verhältnissen noch weit ferner steht, als unsere deutschen Quertreiberorgane. Die Behauptung, der Aufsatz Waders sei der Inbegriff aller modernistischen und protestantischen Irrtümer, wäre denn auch der Inbegriff alles Wahnwitzes und aller Frechheit, die man sich einem Papste gegenüber leisten kann, dessen ganzes öffentliches Auftreten auf kirchenpolitischem Gebiet seit über einem Menschenalter darin besteht, im Einvernehmen mit der kirchlichen Autorität die Rechte und Freiheiten der Kirche zu verteidigen. Die „Tägliche Rundschau“ nennt das Blatt „Reichsblatt“ des Papstes. Das ist selbstverständlich eine Ironie.

**Theater und Musik.**

**Hoftheater Karlsruhe.**

**„Der Wechselmann.“**

Der neue Geldtenor unserer Oper, Josef Schöffel, tagt sich nun mit Erfolg in das hiesige Ensemble hineinzu finden, wird ruhiger und abgeklärter in der Darstellung und zeigt sich auch schon besser sein Organ den ihm ungewohnten Verhältnissen des hiesigen Theaters vorteilhaft anpassen. Von heute an „Mathias“ am Donnerstagabend das günstigste Zeugnis ab. Ohne uns auf Kleinlichkeiten einlassen zu wollen, darf festgestellt werden, daß Schöffel mit seiner Leistung gerechten Anforderungen in hohem Maße entsprechen konnte, und daß die darstellerische wie gesungene Wiedergabe des „Mathias Freudhofer“ einen durchaus befriedigenden Eindruck auszulösen imstande war, so daß man mit der tröstlichen Gewißheit in die Zukunft blicken darf, in Josef Schöffel einen vielversprechenden, brauchbaren Geldtenor zu besitzen. Wegen Erkrankungsausschlag lag die musikalische Leitung in den letzten Tagen bei Georg Hoffmanns.

„Mensch, du hast unrecht, denn du schimpfst“, kann man in dem Falle sagen. Mit den Ausdrücken: „Unfug, Blödsinn, Frechheit“ ist da nichts widerlegt. Auffallend ist, daß sich Herr Wader selbst zu seiner Indizierung bis jetzt immer noch nicht geäußert hat. Eines Tages wird man wohl die Kunde vernehmen: „laudabiliter se subiecit“ — Er hat sich föhlich unterworfen. Etwas anderes gibt es nämlich bei ihm nicht.

**Interessantes Bekenntnis eines kath. Pfarrers.**

Der Präses des kath. Arbeitervereins zu St. Elisabeth, Pfarrer Zimbal in Dreßlau, hat über den rüden Ton der Zentrumspresse ein bemerkenswertes Urteil gefällt, das wir der badischen Zentrumspresse hiermit unter die Nase halten wollen. Nach den eigenen Berichten der katholischen „Schles. Volksztg.“ führte Pfarrer Zimbal kurzlich aus, er ziehe die sozialdemokratische Presse der Schlesischen Volkszeitung vor, denn sie sei anständiger. Er lese deshalb lieber die „Volksmacht“ als die „Schlesische Volkszeitung“, das Zentrumsblatt, das ihn und die Berliner Fachabteilungen anpöbele.

Ob dieser offenen Keuzerung des Pfarrers ist das Meritale Blatt in große Wut geraten und läßt ihn die bekannte „christliche Nächstenliebe“ eines Zentrumsjournalisten fühlen.

**Mahnahmen gegen die Hochwasserfäden.**

Zwecks Vinderung der Not der durch die letzten Sturmfluten Betroffenen, richtete der Abgeordnete des 46. Wahlkreises, Genosse Stodinger gestern folgende kurze Anfrage an die Gr. Regierung:

1. Hat die Regierung Erhebungen gemacht über die schweren Schäden, die am 16. Juni 1914 in den Ortschaften Tiefenbrunn, Mühlhausen, Lehningen, Steinegg, Neuhausen und Würm durch Unwetter und Hochwasser angerichtet worden sind?

2. Welche Mahnahmen hat die Regierung ergriffen, um den Gemeinden Hilfe zu leisten?

3. Ist die Domänenverwaltung bereit, Pacht nachlässe zu bewilligen für die durch das Hochwasser überschwemmten Wiesen?

**Beamtenindiskretionen und Pressemitarbeit.**

In der „Karlsruher Zeitung“ wird amlich geschrieben: „Ein großer Teil der Presse hat in den Berichten über die Sitzung der Ersten Kammer vom 18. ds. Ms. angegeben, der Herr Finanzminister habe in seiner Erwiderung auf den Vortrag des Herrn Berichterstatters über das Eisenbahnbetriebsbudget bei der Besprechung der Beamtenindiskretionen gesagt, er gestehe jedem Beamten das Recht zu, Mißstände in der Presse zu rügen.“

Das hat der Minister nicht gesagt; er hat vielmehr ausdrücklich das stenographische Verdict ausgeführt, daß er es als Indiskretion ansehe, wenn ein Beamter auf verbesserungsbedürftige Zustände hinweise oder sich über ein ihm widerfahrendes Unrecht beschwere. Er wolle keine mundtoten Statisten als Beamte und gestehe jedem das Recht und unter Umständen sogar die Pflicht zu, auf allgemeine oder ihm persönlich berührende Mängel, jedenfalls aber in der geordneten Weise aufmerksam zu machen. Unbedingt verlangen müsse er aber, daß der Beamte sich der ihm durch das Beamtengeheim aufgelegten Pflicht bewußt sei, die ihm verbiete, nicht für die Dienstpflicht bestimmte dienstliche Vorgänge nach außen zu tragen.“

**Tagung des badischen Verbandes gemeinnütziger Bauvereinigungen.**

Mannheim, 18. Juni. Hier fand letzter Tage die diesjährige Jahresversammlung des badischen Verbandes gemeinnütziger Bauvereinigungen statt, die gut besucht war. Im Anschluß an den vom Vorsitzenden, Landeswohnungsinspektor Dr. Kampfmeier, erlassenen Bericht über die Entwicklung der gemeinnützigen Bautätigkeit sowie des Verbandes entspann sich eine lebhafte Diskussion darüber, wie den großen Schwierigkeiten, mit denen zurzeit die gemeinnützige Bautätigkeit in Baden zu kämpfen hat, abgeholfen werden könne. Die Landesversicherungsanstalt sei an der Grenze ihrer Leistungsfähigkeit angekommen, während bis zum Jahre 1911 der durchschnittliche Jahresbedarf der gemeinnützigen Bautätigkeit mit 200 000 bis 300 000 M. befriedigt worden sei, sei die Darlehenssumme im Jahre 1912 auf rund 1 000 000 M. und 1913 auf 1 400 000 M. gestiegen.

Der Verband gemeinnütziger Bauvereinigungen begrüßte die in der Kammer von der Regierung gegebene Erklärung, wonach für die laufende Budgetperiode jährlich je 200 000 M. aus dem Mitteln der Schuldentilgungskasse bereit gestellt werden sollen. In Anbetracht des jetzt schon vorhandenen und durch die rasche Entwicklung der gemeinnützigen Bautätigkeit stark wachsenden Geldbedarfs halten die im Verband betretene Bauvereinigungen die Summe für unzureichend und beauftragen den Vorstand, an die Gr. Regierung den Antrag zu stellen, sie möge dem Landtag bei seinem nächsten Zusammentreten eine Gesetzesvorlage über die Schaffung eines ausgetateten Wohnungsfonds ausgeben lassen, deren Mittel dem Geldbedarf der gemeinnützigen Bautätigkeit entspricht.

Nach der Versammlung des geschäftlichen Teils hielt Professor Dr. Sadur von der Technischen Hochschule in Karlsruhe einen Vortragsvortrag über die Baubewertung gemeinnütziger Bauvereinigungen. Im Anschluß an den Vortrag wurde einstimmig beschlossen, den Vorstand zu beauftragen, eine Beratungsstelle unter dem Vorh. von Professor Sadur einzurichten, welche im ganzen Lande auf dem Gebiete des Kleinwohnungsbaues und der Geländeerwerbungen Erfahrungen sammeln und bei Inangriffnahme neuer Kleinwohnungen diese Erfahrungen dann verwerten soll.

**Zum 70. Geburtstag von Geh. Rat Exz. Dr. Bürklin.**

Am 20. Juni begeht Geh. Rat Exz. Dr. Bürklin seinen 70. Geburtstag. Am 20. Juni 1844 zu Heidelberg als Sohn des Obergeometers Bürklin geboren studierte Bürklin in seiner Vaterstadt Rechtswissenschaft und war nach seiner Praktikanten- und Referendarzeit zuerst (1872) als Amtmann in Waldshut tätig. Im Jahre 1876 wurde er Professor beim Oberhofrat und 1877 Oberhofrat. 6 Jahre später trat Exz. Bürklin aus dem Staatsdienst aus und vermählte sich in demselben Jahre mit Frau. Wolf aus Neustadt a. S. Von 1890 bis 1904 leitete sodann Exz. Bürklin die Karlsruher Hofbibliothek, die unter ihm zu einer außerordentlichen Blüte kam. Politisch (Exz. Bürklin ist Angehöriger der nationalliberalen Partei) hat sich Albert Bürklin in reichem Maße betätigt. Er ist Mitglied und Vizepräsident der Ersten Kammer und außerdem Vorsitzender der Budgetkommission. Als Mensch, als Politiker und als Kunstfreund erweist sich Exz. Bürklin weitgehendster Sympathie und größter Verehrung. Zu seinem 70. Geburtstag werden ihm deshalb aus weiten Kreisen die besten Wünsche entgegengebracht werden.

**Aus der Partei.**

Für die Opfer des Charlottenburger Denkmals-Prozesses. Die unschuldigen Familienangehörigen der Verurteilten im Charlottenburger Denkmals-Prozess bedürfen dringend der materiellen Unterstützung. Es sind schon eine ganze Reihe von Teilnehmern Beträge aus Kreisen, die der sozialdemokratischen Partei fernstehen, die aber empört über das harte Urteil sind, eingegangen. Auch in Parteifreien sind ganz spontan private Sammlungen veranstaltet worden.

Um nun aber für die bisher eingelaufenen Spenden eine gerechte Verteilung zu ermöglichen und um in die Sammlung für die Opfer der Klassenjustiz Ordnung zu bringen, hat der Vorstand des sozialdemokratischen Zentralwahlvereins für Lettow-Beeslow-Storkow-Charlottenburg beschlossen, seinem Kassier die Entgegennahme der gesammelten Beträge und die Auszahlung der Unterstützungen zu übertragen. Alle einlaufenden Spenden, wie die Verteilung der Unterstützungen werden durch die ständigen Redaktoren des Zentralwahlvereins kontrolliert. Der unterzeichnete Vorstand bittet, alle ferneren Sendungen unter der Angabe der Zweckbestimmung an Alex. Bagels, Berlin SW. 68, Lindenstraße 3 richten zu wollen.

Der Zentralvorstand: J. A. May Groger.

**Gewerkschaftliches.**

**Achtung Metallarbeiter!**

Die Waggonbauanstalt Linke-Hofmann-Werke in Breslau sucht in der „Badischen Presse“ fortgesetzt Metallarbeiter aller Berufe. Die Arbeiter dieses Werkes stehen seit 22 Wochen in Streik und ist der Bezug aller Metallarbeiter von Breslau fernzuzulassen. Die Ortsverwaltung Karlsruhe des Deutschen Metallarbeiterverbandes.

**Verbandstag der Brauerei- u. Mühlenarbeiter.**

k. r. Hamburg, 17. Juni.

Am 3. Verhandlungstag wird der wichtigste Gegenstand der ganzen Tagung beraten, die Finanzreform. Der Finanzreform liegt ein Vorschlag des 18. Verbandstages zugrunde, in dem es heißt: Der Verbandstag 1912 beauftragt den Vorstand, dem nächsten Verbandstage eine Vorlage zu unterbreiten, welche das Beitrags- und das gesamte Unterstützungsweisen in dem Sinne neu regelt, daß eine wesentliche Stärkung der Hauptkasse damit erreicht wird. Der Vorstand hat die Aufgabe bei seinen Arbeiten sodann folgende Grundzüge zu fassen:

Erhöhung der Beiträge und Erweiterung der Beitragsaufstellung, um dem Verdienst entsprechende gleichmäßigere Beitragsleistung zu erzielen; Ausbau und Erhöhung der Unterstützung bei Arbeitslosigkeit; Ausbau und Erhöhung der Streik- und Gemahregelunterstützung; anderweitige Regelung der Entschädigung an die Zahlstellenverwaltungen für persönliche Bemühungen und für anderweitige lokale Bedürfnisse.

Nach Maßgabe dieser Grundzüge schlägt der Hauptvorstand vor, die Beiträge durchweg um 10 Pf. zu erhöhen. Es sollen die wöchentlichen Beiträge betragen: Bei einem Wochenverdienst bis 18 M. 40 Pf., bei einem Wochenverdienst von 18—23 M. 50 Pf., bei einem Wochenverdienst über 23 M. 60 Pf.

Bisher bestand eine Erwerbslosenunterstützung nach der je nach der Mitgliedschaft und der Beitragshöhe 60 Pf. bis 1 M. täglich auf die Dauer von 45 bis 90 Tagen gewährt wurden. Nach den Vorschlägen des Vorstandes sollen Kranken- und Arbeitslosenunterstützung getrennt und die letztere höher bemessen sein. Die Unterstützungsätze sollen betragen bei einer wöchentlichen Beitragsleistung von:

Table with 2 columns: Beitragsleistung, Unterstützungsatz. Rows: Bei Krankheit (40 Pf., 50 Pf., 60 Pf.), Bei Arbeitslosigkeit (0,70 M., 0,85 M., 1,00 M.), Bei Arbeitslosigkeit (1,00 M., 1,25 M., 1,50 M.).

Die Unterstützung kann bezogen werden bei einer Mitgliedschaft und Beitragsleistung von:

Table with 2 columns: Wochen, Tage. Rows: 60 Wochen für 45 Tage, 156 Wochen für 60 Tage, 260 Wochen für 75 Tage, 364 Wochen für 90 Tage.

Das Sterbegehalt betrug bisher je nach Beitrag und Mitgliedsdauer 27 bis 90 M. und soll in Zukunft betragen 36 bis 108 M. Die Umzugsunterstützung, die bisher nur Gemahregelten gewährt wurde, soll allgemein eingeführt werden. Gemahregelte erhalten infolgedessen bis zu 40 in Zukunft bis zu 60 M. Umzugsunterstützung. Im übrigen beträgt die Unterstützung nach der Mitgliedschaft von 166 Wochen je nach der Entfernung des neuen Wohnortes 15 bis 40 M. Streik- und Gemahregelunterstützung wird je nach Beitragshöhe und Mitgliederzahl in Höhe von 2,40 bis 4,10 M. täglich gewährt. In bezug auf die den Zahlstellen verbleibenden Prozentanteile schlägt der Vorstand vor, den Zahlstellen mit angestellten Beamten vier Prozent und denen ohne Angestellte sechs Prozent der Beiträge zu belassen.

Die Revisionskommission empfiehlt dem Verbandstag die Annahme der Vorschläge des Vorstandes. Es könne nichts daran gefehlt, eher müsse darüber hinausgegangen werden. Die Kommission empfiehlt außerdem noch einen Antrag Dresden zur Annahme, nachdem diejenigen Mitglieder, die während ihrer Mitgliedschaft die Höchstgrenze erreicht und noch keine Unterstützung bezogen haben, die Summe bei allen Unterstützungen für je weitere 100 Wochen geleistete Beiträge um 4 bis 6 M. bis zur Höchstgrenze von 96 bis 144 M. steigen soll.

In der nun folgenden, äußerst lebendigen Diskussion tritt zu Tage, daß die Mehrheit der Delegierten eine Beitragserhöhung und weitere Stärkung der Hauptkasse dringend notwendig hält. Der Verbandsvorsitzende Ebel führt aus, daß nach dem in den letzten Tagen bekannt gewordenen Dringenden des Deutschen Brauerbundes eine Begründung der Vorlage sich eigentlich erübrige. Auch eine Reihe von Delegierten weisen darauf hin, daß bei den künftigen großen Kämpfen, auf die die Unternehmer zweifellos hinarbeiten, das Maß der finanziellen Stärke den Ausschlag geben werde. Ein Delegierter Hannover und ein Delegierter aus Frankfurt halten die Beitragserhöhung für noch nicht notwendig, während ein Delegierter aus München einige Bedenken geltend macht. Eine ganze Anzahl von Rednern wünscht, daß eine Verkleinerung der der Krankenunterstützung eintrete, die nach den Vorschlägen des Vorstandes erst nach 14 Tagen Karenzzeit gezahlt werden soll, während die Arbeitslosenunterstützung schon nach acht Tagen erhoben werden kann. Andere Redner fordern, daß den Zahlstellen mehr Mittel für lokale Zwecke verbleiben sollen.

Die Vorlage des Hauptvorstandes wird schließlich mit den dazu vorliegenden Anträgen einer Kommission von neun Mitgliedern überwiesen.

Ueber die Abgrenzung der Organisationsgebiete spricht sodann der Verbandsvorsitzende Ebel. Er schildert die Entwicklung der Grenzstreitigkeiten zwischen dem Verband der Brauerei- und Mühlenarbeiter und dem deutschen Brauerbundesverband und das Fachpersonal in den Braue-







dies hier offen auszusprechen. Anklage wegen dieses Verbrechens wurde lediglich nicht erhoben, weil der zwingende Beweis dafür nicht geschlossen geführt werden konnte.

Der Verteidiger Rechtsanwalt Dr. Gutmann suchte eine Reihe Milderungsgründe für den Angeklagten geltend zu machen und behandelte dann noch die rechtliche Seite des Punktes der Anklage der ungenügenden Buchführung und beantragt schließlich, seinem Klienten mildernde Umstände in weitestem Maße zuzubilligen und gegen ihn eine erheblich niedrigere Strafe, als die vom Staatsanwalt beantragte.

Nach kurzer Replik des Staatsanwalts begibt sich das Gericht zur Urteilsberatung.

Das Urteil lautet dem Antrag des Staatsanwalts gemäß auf

2 Jahre Gefängnis.

Das Gericht bejahte die Schuld des Angeklagten in allen Punkten der Anklage. Auch in der Urteilsbegründung ließ es, daß schwere Verdachtsmomente für betrügerischen Bankrott sprechen, wenn auch Beweise fehlen.

Dem Verurteilten werden die bürgerlichen Ehrenrechte auf die Dauer von 3 Jahren abgesprochen. Von der erlittenen Unteruchungshaft werden 4 Monate angerechnet. Verwimp nahm die Strafe an; ein Antrag auf Haftentlassung wurde abgelehnt.

Aus der Stadt.

\* Karlsruhe, 20. Juni.

Die städtischen Wahlen.

Welche gestern in der Mittagsstunde vorzunehmen waren, vollzogen sich rasch und glatt. Die von den vier Rathausfraktionen vereinbarten gemeinschaftlichen Listen wurden von allen Abstimmenden ohne Streichungen abgegeben.

Bei der Stadtratswahl stimmten von 122 Wahlberechtigten 107 ab. Die vereinbarte Liste erhielt 106 Stimmen. 1 Zettel war aus formalen Gründen ungültig. Es sind demnach für die nächsten 6 Jahre als Stadträte gewählt:

- 1. Bonning Karl, Buchdruckereibesitzer (Soz.)
2. Dieß Dr. Eduard, Rechtsanwalt (Soz.)
3. Frey Wilhelm, Rechtsanwalt (Nat.)
4. Gauggel Heinrich, Oberrechnungsrat (Nat.)
5. Haas Dr. Ludwig, Rechtsanwalt (Fortshr.)
6. Somburger Fritz, Bankier (Fortshr.)
7. Kappeler Ludwig, Privatmann (Nat.)
8. Mayer Florian (Grünwinkel), Maschinist (Soz.)
9. Möloth Jakob, Wirt (Nat.)
10. Trunk Gustav, Rechtsanwalt (Ztr.)
11. Wivel Fridolin, Privatmann (Ztr.)

In das Kollegium neu eingetreten sind die Herren Frey für Herrn Mees und Wivel für Herrn Schleichbach (Konf.), sodas für die Folge die Konservativen keine Vertretung mehr im Stadtratskollegium haben.

Unter den 22 Mitgliedern des „Rats“ sind nunmehr 8 Nationalliberalen, 6 Sozialdemokraten und je 4 Fortschrittler und Zentrumsleute.

Bei der Wahl zum Stadtverordnetenvorstand stimmten von 96 Wahlberechtigten 73 ab. Davon fielen 71 Stimmen auf die gemeinsame Vorschlagsliste. Gewählt sind:

- 1. Frey Ernst, Kammerstenograph (Nat.)
2. Sauer Heinrich, Geschäftsführer (Soz.)
3. Bechtel Martin, Rechnungsrat (Nat.)
4. Edelmann Oscar, Fabrikant (Fortshr.)
5. Selbing Reinhold, Professor (Fortshr.)
6. Maier Josef, Arbeitersekretär (Ztr.)
7. Pfaff Karl, Ingenieur (Ztr.)
8. Rothweiler Emil, Steinbruder (Soz.)
9. Schwall August, Gauleiter (Soz.)
10. Stöckle August, Privatmann (Nat.)

Die Stadtverordneten Frey und Sauer wurden als Obmann bzw. stellvertretender Obmann wieder, Herr Maier anstelle des Herrn Revisor Trenkle neu gewählt.

Damit sind die städtischen Wahlen beendet und die Kollegien neu zusammengesetzt.

Der Streik bzw. die Sperre bei Aug. Herling.

Die Streikleitung hat in letzter Zeit wenig berichtet, weil sie annahm, daß Herling dann vielleicht geneigter sei, seinen Vertragsbruch, die Ursache des Streikes einzusehen. Das mühten wir insofern annehmen, weil Herling das schöne Lied: „Ich bete an die Macht der Liebe“ so schön singen und spielen konnte und bei Reuten, die solche Lieder auf dem Balkon singen können, sollte man doch annehmen, daß sie das Wort „Gehälter“ überhaupt nicht kennen. Herling ist trotz der Machtamberei nicht in der Lage, sein Verschulden an diesem Streik einzusehen. Im Gegenteil! Jetzt treibt er es so weit, daß er sich noch in die Reihe der Denunzianten stellt, indem er an eine Behörde einen fünf Seiten langen Brief schreibt, in welchem er den Zweigvereinsleiter des Bauarbeiterverbandes Philippi, der neben seiner beruflichen Tätigkeit das Amt eines Stadtrats inne hat, in seiner Eigenschaft als Stadtrat in der unerhörtesten Weise anzuschwärzen versucht. Wenn Herling, der es außerordentlich gut versteht, so recht für sich Stimmung zu machen, in diesem Brief bei der Wahrheit geblieben wäre, dann könnte man ihm mildernde Umstände deshalb zubilligen, weil während einem Streik alle Mittel versucht werden, die öffentliche Meinung für sich zu gewinnen.

Das trifft aber in diesem fünf Seiten langen Produkt des persönlichen Hasses nicht zu, und werden wir in den nächsten Tagen Gelegenheit nehmen, nachzuweisen, daß Herling in diesem Denunziationsbrief, die Wahrheit geradezu mit Füßen getreten hat.

Also Bauarbeiter von Karlsruhe und Umgebung! Die Sperre bei Herling besteht unverändert weiter und ersuchen wir dringend, dafür zu sorgen, daß das Verhalten des Herrn Herling so bekannt gemacht wird, wie er es längst verdient hätte.

Die Streikleitung.

„Die Frau aus dem Volke“, so nennt sich ein von der Presse äußerst günstig beurteilter Film, der im neuen Programm des Residenztheaters, Badstr. 30 und Schillerstr. 22 zur Vorführung gelangt. Es ist ein volgendes Schmelzwild. Die stehende Mutter aus dem Volke ist geschiedt

neben die im Schmerz um den Verlust ihres Kindes sich verzehrende Dame aus der Gesellschaft gestellt und der Arbeiter neben den reichen Kavaliern, der die Mutterfreuden seines Weibes nicht versteht. Das Weitere aus dem inhaltsreichen Programm wolle man aus dem Inzeratenteil ersehen.

Auf zum Sommerachtsfest der freien Gewerkschaften!

Eine Reihe Veranstaltungen beherbergte diese Woche schon unser in seiner vollen Sommerpracht stehender Stadtpark. Zwei Künstlerfeste, das Kinderfrühlingsfest, ein Solistenabend boten Genuß und Unterhaltung in Fülle. Aber nicht Jedermann war es möglich, das eine oder das andere dieser Feste zu besuchen, denn der größte Teil der Bevölkerung ist nicht in der Lage, sich die Ausgaben, die solche Feste verursachen, zu leisten. Um nun allen, die auch einmal einen schönen Abend mit gediegener Unterhaltung ohne größere Ausgaben im Stadtpark erleben wollen, die Möglichkeit zu geben, sich diesen Genuß zu verschaffen, veranstaltet das Gewerkschaftskartell heute abend ein Sommerachtsfest, zu dem der Eintritt nur 20 Pf. beträgt. Wenn auch nicht die reichen Genüsse und künstlerischen Darbietungen der vorangegangenen Feste geboten werden können, so wird aber dennoch die Festleitung durch verschiedene Veranstaltungen dafür sorgen, daß Jedermann auf seine Rechnung kommt und befriedigt nach Hause gehen wird. Einen Hauptziehungspunkt wird die bengalische Beleuchtung des Gartens und das Feuerwerk bilden. Die Kapelle Hoffmann sorgt für die musikalische Unterhaltung. Wer also heute abend einmal in Freundes-Bekanntem und Kollegenkreise einige unterhaltende, gemüthliche Stunden erleben will, begeben sich in den Stadtpark zum Sommerachtsfest des Gewerkschaftskartells.

\* Arbeiter-Abstinenzbund. Montag abend halb 9 Uhr im vegetarischen Speisebau (Kaiserstr. 140) Vortrag des Genossen Höhn über „Ernährung“. Gäste willkommen.

\* Bluthige Schlägerei. Vergangene Nacht 12 1/2 Uhr fand in der Wirtschaft zum „Alder“ in der Lamestr. zwischen dem Wirt und einigen Militärpersonen eine Schlägerei statt, wobei der Wirt einem Trompetersergeanten und einem Sanitätsfeldwebel des hiesigen Telegraphen-Bataillons mit einem abgebrochenen Billardstiel und einem Bierglas Hiebe auf den Kopf versetzte, sodas beide erhebliche Verletzungen davontrugen.

Veranstaltungen.

\* Interims-Sommertheater. Zum zweiten und letztenmale ist in unserm großen Festhallsaal der Interimsbau für das Sommertheater entstanden, der der heiteren Muse ein vorübergehendes Heim bietet. Wenn man die Dimensionen des Saales bedenkt, so war es nicht leicht, diesen Verhältnissen eine Bühne anzupassen, die den großen Raum des Saales ausfüllen und dennoch die Sichtung zu intimer wirkenden Bühnenbildern befähigen muß. Diese Aufgabe vollzog Herr Dekorationsmaler Rudel aus Straßburg i. El., ein Schüler des bekannten Professors Daubner in Straßburg i. El., der sich hier seine ersten künstlerischen Sporen verdient und von hier aus einen Ruf auf das Stadttheater in Halle a. d. S. als Leiter des Ausstattungswesens erhielt. Die Einrichtung der Bühne, die einem großen modernen Theater in nichts nachgibt, — besitzt sie doch einen Rundhorizont, Dekorationszüge mit Gegengewichten und plastische Dekorationen — wurde von Herrn Theatermeister Gorges ausgeführt. — Als weitere Neuerung werden in dieser Saison gleich in der ersten Vorstellung Salondekorationen ganz aus Holz verwendet, die besonders wichtig für Verbesserung der Akustik sind. Ist es doch eine bekannte Tatsache, daß gerade Leinwand-Dekorationen einen großen Teil der Stimme absorbieren, während Holz naturgemäß die Resonanz verstärkt. — Die Eröffnungsvorstellung „Der lachende Chemann“ wird dem Gast des Abends, Herrn Karl Crödel vom Theater a. d. W., welcher für den erkrankten Herrn Lauter in letzter Stunde aus Wien herbeigerufen wurde, Gelegenheit geben, eine seiner Paraderollen, Ottolar Brudner, zu zeigen. Seine Partnerin Hella gibt Fräulein Jese Page nstcher. Die Rolle des Luß wird Herr Max Schwarz, den Graf Selzthal Herr Fritz Beder, Dr. Rosenroth Herr Ferd. Robert, der zugleich Regie führt, die Stella Fräulein Dolly Eichelberg spielen. — Wie wir zu unserm Bedauern erfahren, ist Herr Werner Berjen, der sich im vorigen Jahre großer Bekanntheit erfreute, vorläufig nicht in der Lage, hier aufzutreten, da er sich einer Operation hat unterziehen müssen.

\* Stadtparkkonzert. Am Sonntag, 21. Juni d. J., wird im Stadtpark von 1/2 12 bis 1/2 1 Uhr vormittags bei günstiger Witterung ein Freiluftkonzert der städtischen Schülerkapelle stattfinden, bei welchem folgende Stücke zum Vortrag kommen: „Harre meine Seele“, Choral, „Die Garde rückt heran“, Marsch von Leber, „Introduction und Chor aus Troubadour“, von Verdi, „Das deutsche Lied“ von Hallwede, „Zwei elässige Bauernlänze“ von Merzling, „Der gute Kamerad“, Marsch von Lübede.

Neues vom Tage.

Großes Gruben-unglück.

Calgary (Stadt Alberta, Kanada), 19. Juni. In der Silbereisengrube bei Fernie hat eine Explosion stattgefunden. Die Schächte der Zahl der Toten schwanken zwischen zwei und sechshundert. Bis abends waren fünfzig Leichen geborgen. Victoria (Britisch Columbia), 20. Juni. Nach einer hierher gelangten Meldung sind bei der Explosion in der Silbereisengrube 600 Bergleute eingeschlossen worden, von denen 200 gerettet werden konnten; alle Hoffnung, auch die übrigen zu retten, ist aufgegeben worden.

Calgary (Stadt Alberta, Kanada), 20. Juni. Beamte der Silbereisengrube erklärten, daß 225 Bergleute eingeschlossen worden sind; es wird befürchtet, daß alle umgekommen sind. Bis zum Abend waren 65 Leichen geborgen worden.

Vom Schlachtfeld der Arbeit.

Nizza, 19. Juni. Auf der neuen Bahnlinie von Nizza nach Cannes zwischen Capet und Brail ist durch einen Erdstöß ein Teil eines Tunnels eingestürzt, wobei 30 Arbeiter verunglückt wurden. Die Aufräumungsarbeiten sind in vollem Gange. Bisher sind 12 Tote und 7 Verletzte aus den Trümmern hervor-gezogen worden.

Brüssel, 19. Juni. Heute vormittag entstand in einem Schacht der Kohlengrube von Bonne bei Lüttich aus bisher un-aufgeklärter Ursache eine Explosion. Es entstand eine Ranil, jedoch konnten alle Bergarbeiter bis auf einen, der getötet wurde, gerettet werden. In der Kohlengrube von Vieille Marichon ist in etwa 640 Meter Tiefe ein Brand ausgebrochen. Am 2. Juni mittags waren 300 Arbeiter aufgestiegen. Man weiß noch nicht, ob es den Arbeitern gelungen ist, sich zu retten.

Urteil im Fall Wagner.

Bahreuth, 19. Juni. Die Zivilkammer des Landgerichts Bahreuth verurteilt heute in der Klageache der Frau Hofmann-

meister Holde Weidler in München wider ihre Mutter, Frau Sofima Wagner in Bahreuth wegen Feststellung der Vaterschaft folgendes Endurteil: Die Klage wird abgewiesen, die Klägerin hat die Kosten des Rechtsstreites zu tragen. Die Begründung des Urteils wurde nicht berlesen. Frau Weidler klagte bekanntlich auf Anerkennung der Vaterschaft Richard Wagners.

Einbruchsbiebstahl.

Straßburg i. E., 9. Juni. Bei der Dentalfirma Tietz ist ein Einbruch verübt worden, bei welchem 60 000 künstliche Zähne im Gesamtwert von etwa 50 000 Mark gestohlen worden sind.

Zur Lage in Albanien.

Rom, 19. Juni. Die albanische Regierung zieht überall Truppen zusammen, um die Aufständischen abermals anzugreifen. Die Miriditen erklärten, sie wollten sich nicht neuen Meuteleien aussetzen. Sie würden erst dann marschieren, wenn starke Hilfstruppen angekommen seien. Die Rebellen erschienen mit einer weißen Fahne vor den Schanzen und liegen dort Schulter an Schulter mit den Miriditen. Auch der Ministerrat unter dem Vorsitz des Fürsten beschloß, die Aufständischen vom Meere aus anzugreifen.

Ein Rebellen-Ultimatum an den Fürsten Wilhelm.

Durazzo, 19. Juni. Die Rebellen haben dem Fürsten gestern mit den beiden Parlamentären ein Ultimatum übermittelt, er solle binnen 24 Stunden das Land verlassen. Der Vize, den der Fürst daraufhin den nach Schial vorgegangenen Malisoren nachsandte, um sie zurückzurufen wurde von den Rebellen ermordet. Diese haben den Angriff auf Durazzo nur verzögert, um dem Fürsten Zeit zur Flucht zu lassen. Sie wollen ein Gemetzel in der Stadt verhindern, erklären aber in dem Ultimatum, ein fort-dauernder Widerstand könne unabsehbare Folgen hervor-rufen. Der Fürst wies den Rat des englischen Admirals, sich vorläufig auf ein Schiff zu begeben, entschieden zurück. (Zu beachten ist, daß diese Meldungen über Rom kommen. Die Red.)

Letzte Nachrichten.

Die Reichstagsersatzwahl im Wahlkreise Labiau-Wehlau.

Berlin, 19. Juni. Für die Reichstagsersatzwahl im Wahlkreise Labiau-Wehlau ist der frühere Reichstagsabgeordnete Bürgermeister Wagner in Labiau als Kandidat von der fortschrittlichen Volkspartei aufgestellt worden. Bürgermeister Wagner war 1912 Gegner des verstorbenen konservativen Abgeordneten v. Massow, dem er in der Stichwahl unterlag.

Der Proporz in der Schweiz.

Bern, 19. Juni. Der Nationalrat hat mit 116 Stimmen gegen 62 Stimmen einen Antrag des Bundesrates und der Kommissionsmehrheit angenommen in dem es heißt: Dem Schweizer Volk sei die Verwerfung des Verfassungsinitiativantrages auf Einführung der Verhältniswahl zum Nationalrat zu empfehlen. Sozialdemokraten, Liberale, Zentrum, sowie Katholiken und Rechte stimmten für die Verhältniswahl. Bei der letzten Abstimmung hatten 100 Abgeordnete dagegen und 45 dafür gestimmt. Das Volk wird im Herbst über den Initiativantrag entscheiden.

Die Heereskommission der französischen Kammer.

Paris, 19. Juni. Die Heereskommission der Kammer, die sich nach dem Proporzwahlsystem gebildet hat und aus 44 Mitgliedern besteht, umfaßt 13 geeinigte Radikale, 7 geeinigte Sozialisten d. h. also 22 Anhänger der zwei-jährigen Dienstzeit.

Kein Attentat?

Petersburg, 18. Juni. Die hiesige Presse dementiert die in der ausländischen Presse verbreiteten Nachrichten über den Unfall des Postzuges. Danach soll es sich nicht um ein Attentat gegen den Zug des Zaren gehandelt haben. Vielmehr sei ein Rad an der Lokomotive des Postzuges zerbrochen, sodas die Entgleisung erfolgte. Der Lokomotivführer, der Geisler und zwei Passagiere wurden verletzt und mehrere Postwagen getrimmert. Die Untersuchung nimmt ihren Fortgang, doch wird das Ergebnis noch immer streng geheim gehalten.

Die rumänische Thronrede.

Bukarest, 19. Juni. Der König verlas bei der Eröffnung der Parlamentssession die Thronrede, in welcher er unter Erwähnung der Balkankriege erklärte, das Rumänien im Einvernehmen mit allen Mächten über die Auf-rechterhaltung des Gleichgewichts am Balkan wachen werde. Der Besuch des Zaren in Konstanza sei ein Beweis dafür, welches Gewicht Rußland auf die Bemühungen Rumaniens um die Erhaltung des Balkangleichgewichts lege.

Vereinsanzeiger.

Karlsruhe. (Arb.-Radfahrerbund „Solidarität“.) Sonntag, 21. ds. Mts., Delegierten-Wahl zum Vorstand im Vereins-lokal, Kaiserstr. 13. Wahlzeit von vormittags 10 Uhr bis nachmittags 4 Uhr. Mitgliedsbücher sind zur Legiti-mation und zur Eintragung der Wahl mitzubringen. Da-selbst findet ebenfalls von 11 bis 1 Uhr Frühjahrsfestkonzert von unserer Radlerkapelle statt. Die beiden Sektionen Rheinheim und Müppurr wählen in ihren Reihen. Es ist Ehrenpflicht eines jeden Mitgliedes, sich an der Wahl zu beteiligen. 1767

Karlsruhe. („Gleichheit“.) Samstag abend vollzähliges Ge-schneiden der Sänger beim Sommerachtsfest. — Sonntag: 2 Uhr Abmarsch vom Lokal zum Waldfest „Freiheit“ Dur-lach im Rittnerwald. 1783

Karlsruhe. (Arbeiter-Frauenchor.) Sonntag, 21. Juni, mit-tags 1.50 Uhr, Abfahrt nach Ettlingen mit der Albtalbahn. Zu-vor Ausgabe der Festbücher zu ermäßigtem Preis. Voll-zählige Beteiligung unbedingt erforderlich. 1754.2

Bulach. (Gesangverein „Freundschaft“.) Zum Sonntag, den 21. Juni, laden wir unsere sämtlichen aktiven und passiven Mit-glieder zur Familienweiche des Arbeitergesangvereins „Ein-tracht“ Ettlingen ein. Zusammenkunft punkt 1/2 11 Uhr in der Krone in Bulach. 1784

Durlach. (Sängerbund „Vorwärts“.) Die Abfahrt zur Fa-milienweiche des Arbeitergesangvereins „Eintracht“ Et-tlingen erfolgt vormittags 11.30 Uhr, wozu unsere Pa-sibilität freundschaftlich eingeladen ist. 1785

Wasserstand des Rheins.

Schusterinsel 3.25 m, gef. 10 cm, Rehl 3.98 m, gef. 14 cm, Ra-rau 5.83 m, gef. 1 cm. Mannheim 5.61 m, gef. 4 cm.



Residenz-Theater

Waldstraße 30
sowie
Schillerstraße 22
ehemals
Metropol.

Ununterbroch.
Vorstellung.

Die Schauspielerin.

Drama.

Kopenhagen

und Bilder aus der
Umgebung, das Rai-
haus, die Börse,
das königliche Schloß
Amalienborg,
d. Erlöser-u. Frederiks-
(Marmor)-Kirche,
Schloß Kronborg,
Fredensborg,
die Herbstresidenz der
königlichen Familie
und Frederiksberg,
einem prunkvollen
Fürstensitz aus dem
17. Jahrhundert.

Frau Frou

5 Akte aus den Memoiren
einer Prima-Ballerina
von Alfred Leopold:
Fau und Nymphe
Die blonde Yvette
Tragödie - Finale.

Die neuesten
Ereignisse im Bild.

Aktuell.

Die lieben süßen
Frauen!

Schwank, inszeniert von
Nunek Damky, Berlin.

Polidor und der
Schnurrbart.

Adolar & Kiki.
Humoreske.

Sensationell!

Wiederum ein von der
Presse als ganz ausge-
zeichnete Leistung befundene
Première-Aufführung
aus der Pathé Frères & Co.
Berlin Serie 1775

Die Frau aus
dem Volke.

nach dem Drama von
Damery und Mallan.
Musikfolge:
Fantasie a. d. Oper „Die
Afrikanerin“ v. Meyerbeer.
Fantasie I a. d. Oper
Madame Butterfly von
Puccini. Fantasie II a. d.
Oper „Madame Butterfly“
von Puccini. Fantasie a.
d. Oper „Martha“ v. Flotow.

Am Mittwoch den 24. und
Donnerstag den 25. Juni,
von 5-6 und 8-9 Uhr:

Natur und Kunst in der
Farben-Photographie.

Die prächtigsten Punkte
der Landschaft: Davos
und des schweizerischen
Kantons Graubünden mit
erläuternden Worten von
E. Meerkämper-Davos-
Platz. - Wunderbarer
farbenrichtige Ladschafts-
bilder.
Serie I: ca. 50 Autochroms.

Habe eine Partie neue und
gebrauchte
schöne Stühle

abzugeben. Zu erfragen
„Gasthaus zur Ranne“,
Grötzingen. 1787

Grasversteigerung.

Dienstag, den 23. Juni,
nachmittags 5 Uhr, wird das
Grasertragnis auf den Langen-
brunn- und Fautenbrunnweiden,
soweit dieselben nicht verpachtet
sind, ca. 600 ar, gegen Ver-
steigerung öffentlich versteigert.
Zusammenkunft bei der Brücken-
wage an der Ettlingerstraße.
Karlsruhe, den 18. Juni 1914.
Städt. Gartendirektion
Karlsruhe i. B. 1776

Berufs-Kleidung

aus nur besten Qualitäten
in extra starker Näharbeit.

- Blaue Ueberanzüge Mk. 3.75 4.50 5.75
„ Jacken „ 2.- 2.50 3.50
„ Hosen „ 1.75 2.- 2.25
Diener-Anzüge
blau-weiss gestreift „ 8.75 11.-
Diener-Jacken „ 4.75 6.-
Diener-Hosen „ 4.- 5.-
Zwirn-Hosen „ 2.50 3.50 4.50
Drell-Hosen „ 3.20
Koch-Hosen „ 4.-
Manchester Hosen „ 5.50 6.-
Leder-Hosen „ 3.75 4.75
Friseur-Jacken „ 3.75
Konditor-Jacken „ 4.-
Koch-Jacken „ 4.-
Maler-Kittel „ 3.- 3.20
Staub-Mäntel „ 3.20 5.- 7.50
Auto-Staub-Mäntel „ 14.- 23.-

Breitharth

Ecke Kaiser- und Herrenstrasse.

Gewerkschaftskartell B.-Baden.

Am Montag, den 22. Juni 1914, abends 8 Uhr im
„Vratwurstloche“ 1769

Versammlung.

Referent August Richter hält einen Vortrag über: „Die
Gewerkschafts- und Genossenschaftsbewegung und die
Volkswirtschaft“. Wir erziehen die Vertrauensleute der ver-
schiedenen Organisationen, ihre Mitglieder auf diese Versammlung
besonders aufmerksam zu machen.
Der Wichtigkeit des Themas wegen wird gebeten, zahlreich
und pünktlich zu erscheinen.
Der Vorstand.

Bekanntmachung.

Die Neuwahl des geschäfts-
leitenden Vorstandes der Stadt-
verordneten betreffend.
Bei der heute stattgefundenen Neuwahl des geschäftsleitenden
Vorstandes der Stadtverordneten wurden mit dreijähriger Amts-
dauer gewählt die Herren:

- 1. Stadtverordneter Ernst Frey als Obmann,
2. Stadtverordneter Heinrich Sauer als Stellvertreter des
Obmanns,
3. Stadtverordneter Martin Weibel,
4. „ Oskar Edelmann,
5. „ Reinhold Helbing,
6. „ Josef Maier,
7. „ Karl Pfaff,
8. „ Emil Rothweiler,
9. „ August Schwab,
10. „ August Stöckli.

Die Wahlzettel liegen vom 20. d. M. an während 8 Tagen
im Rathaus, II. Stod, Zimmer Nr. 68, zu jedermanns Einsicht auf.
Etwasige Einreden oder Beschwerden gegen die Wahl müssen
innerhalb dieser Frist bei dem Bürgermeisteramt oder dem Groß-
herzoglichen Bezirksamt schriftlich oder mündlich zu Protokoll
mit sofortiger Bezeichnung der Beweismittel angebracht werden.
Karlsruhe, den 19. Juni 1914.

Der Vorsitzende der Wahlkommission:
Ferd. Thiergarten.

Bekanntmachung.

Die Erneuerungswahl
der Stadträte betreffend.
Bei der heute durch den Bürgerausschuß vorgenommenen
Neuwahl von 11 Mitgliedern des Stadtrates wurden die auf der
gemeinsamen Vorschlagsliste der 4 Fraktionen des Bürgeraus-
schusses aufgeführten Herren gewählt. Es sind dies:

- 1. Bonning Karl, Buchdruckereibesitzer,
2. Diez Dr. Eduard, Rechtsanwält,
3. Frey Wilhelm, Rechtsanwält,
4. Guggel Heinrich, Oberrechnungsrat,
5. Haas Dr. Ludwig, Rechtsanwält,
6. Homburger Fritz, Kommerzienrat, Bankier,
7. Kappeler Ludwig, Privatmann,
8. Maier Florian, Maschinenf.,
9. Mätzler Jakob, Birt,
10. Trunt Gustav, Rechtsanwält,
11. Weibel Fridolin, Privatmann.

Die Wahlzettel liegen während 8 Tagen, vom Erscheinen
dieser Bekanntmachung im Tagblatt an gerechnet, im Rathaus,
II. Stod, Zimmer 39, zu jedermanns Einsicht öffentlich auf.
Etwasige Einreden oder Beschwerden gegen die Wahl sind binnen
dieser Frist beim Bürgermeisteramt oder dem Großherzoglichen
Bezirksamt schriftlich oder mündlich mit sofortiger Bezeichnung
der Beweismittel anzubringen. 1781

Karlsruhe, den 19. Juni 1914.
Das Bürgermeisteramt:
Gortsmann. Sachter.

GALERIE
IMOOS
KAISERSTR. 96
16. Juni - 15. Juli 1914
Gemälde von
Prof. R. Hellweg, Dr. v. Bucher,
W. Hempfing, E. Pfefferle.
Geöffnet Werktags 9-7Uhr
Sonntags 11-4 „

Grosser Inventur-Verkauf
zu staunend billigen Preisen.



Uhren, Juwelen, Gold- u. Silberwaren.
Regulateure, 14 Tage, Schlagwerk, 100 cm lang M 12.50
Moderne Tafeluhren, 14 Tage, Schlagwerk M 15.50
Moderne Tafeluhren, 14 Tage, Gongschlag,
96 cm hoch, 45 cm breit M 17.50
Silberne-Damen und Herrenuhren, gute
Werke, 2 Jahre Garantie M 9.00
Ueber 1000 Uhren in Auswahl.
Mod. Colliers, Silber 800, echte Steine M 1.20
Mod. Colliers, Gold-Doublé matt, zum Öffnen M 2.20
Mod. Armbänder, Reifen u. Ketten, Alpaca-Silber 0.90
Ueber 4000 Ketten, Colliers, Broschen, Arm-
bänder, Ohrringe.
Goldene Damenringe . . . von M 2.00 an
Goldene Herrenringe . . . von M 5.00 an
Trauringe, Gold 833 M 10.00, Gold 585 M 20.00
Ueber 2000 Ringe in Auswahl.
Tafelbestecke, mod. Muster, grosse Auswahl, 10 Prozent
unter Fabrik-Detail-Preis.
Auf alle regulären Waren bis 20 Prozent Rabatt.

Oskar Kirschke Kriegstrasse 12
am alten Bahnhof

Stadtgarten.

Dienstag, den 23. Juni ds. Js., abends 8-11 1/2 Uhr

Johannis-Feier.

Konzert
der Kapelle des 1. Bad. Leibdragoner-Regiments Nr. 20
Leitung: Herr Obermusikmeister F. Köhn.

Serenade auf dem Stadtgartensee

unter gefl. Mitwirkung der 1. Karlsruher Mandolin-
Gesellschaft und eines dreifachen Quartetts des Männergesang-
vereins Concordia.

Brilliant-Feuerwerk (30 Nummern)

ausgeführt von dem Königl. Hoffeuerwerkstechniker Herrn Fischer
aus Ueberbrunn. Am Schluß desselben

Johannis-Feuer auf dem See.

Anschließend:
Champions-Polonaise.
Eintritt:
Inhaber von Jahreskarten und
von Kartenfesten . . . . . 30 „
Sonstige Personen . . . . . 60 „
Soldaten und Kinder je die Hälfte.

Die Musikabonnementskarten bleiben in Geltung.
Musikprogramm 10 Bfg.
Champions für die Polonaise zu 25 Bfg. das Stück beim Boots-
häuschen.

Die Eintrittskarten berechtigen nur zum einmaligen Eintritt.
Eintrittskarten sind am 23. Juni vormittags von 9 Uhr an
im Vorverkauf an der Kasse am Stadtgarteneingang auf der
Westseite der Festhalle zu haben. Von abends 6 Uhr an ist auch
eine Kasse beim Stadtgarteneingang auf der Ostseite der Fest-
halle geöffnet. Das Belegen von Tischen und Stühlen ist
nur mit Zustimmung der Stadtgarten-Kommission (Rath-
haus, Zimmer Nr. 41) gestattet. Belegte Tische müssen
schon um halb 8 Uhr besetzt sein, andernfalls sie freige-
geben werden.

Bei schlechtem Wetter wird das Konzert mit den Vorträgen
der Mandolinengesellschaft und der Concordia im kleinen Fest-
halleaal abgehalten, das Feuerwerk aber gleichwohl auf dem
See abgebrannt werden. 1779

Gebrauchte Möbel Sommertheater.

billig zu verkaufen.
Samstag, 20. Juni 1914
abends 8 1/2 Uhr
Gastspiel Carl Bröckel
Revität:
Der lachende Chemann
Operette in 3 Akten von
Ed. Choler.

Sonntag den 21. Juni 1914
abends 8 1/2 Uhr
Die Förster-Christel
Montag den 22. Juni 1914
abends 8 1/2 Uhr
Familien-Vorstellung
zu Einheitspreisen.
Numeriert. Platz 1 Mk., unnumer.
Pl. (Steh- u. Stuhl.) 0.40 Mk.

Die Förster-Christel
Plätze werden an der Kasse in
geschl. Couverts am Sonntag
den 21. Juni von 10-11 Uhr
vorm., sowie Montag den 22. Juni
von 11-12 Uhr und an der Abends-
kasse ausgelost.

Sommertheater.

Durch Entgegenkommen der
Gr. Generaldirektion der Staats-
eisenbahnen stehen nach Theater-
schluß folgende Plätze zur Mit-
fahrt zur Verfügung: 1775
Nach Anmeldegen ab Karlsruhe
11 Uhr 16, nach Forstheim ab
Karlsruhe 11 Uhr 30, nach Et-
lingen ab Karlsruhe 11 Uhr 42,
nach Bruchsal ab Karlsruhe
11 Uhr 58. 1776

Sommertheater.

Zu gefl. Besuch ladet
ergerben ein 1791
Die Direktion:
Fr. Schulten.

Druckfachen

fertig an
Buchdruckerei Volksfreund.

Aufgebotsverfahren.

Frau Direktor Albert Brauhle,
Marie, geb. Pfeffer, hier, Hebel-
straße 17, hat mit Zustimmung
ihres Ehemannes den Antrag
gestellt, ihr abhanden gekom-
menes Sparbuch Lit. E Nr. 1791
mit einer Einlage von 268 Mk.
71 Bfg., inzwischen durch Zins-
zuschritt angewachsen auf 282 Mk.
89 Bfg., für kraftlos zu erklären.
Der Inhaber des genannten
Buches wird daher aufgefordert,
solches innerhalb eines Monats,
von der erfolgten Einrückung an
gerechnet, bei der unterzeichneten
Kasse vorzulegen, widrigenfalls
die Kraftlosklärung erfolgen
wird. 1777
Karlsruhe den 19. Juni 1914.
Städt. Spar- und Pfandlei-
kasse.

„Palast-
Lichtspiele“

Herrnstrasse Nr. 11

Schönstes, modernst. Licht-
spieltheater am Platze.
Luftiger, 10 Meter hoher
Theater-Saal.

Neuer Spielplan

von Samstag, den 20.
bis einschl. Dienstag,
den 23. Juni ds. Js.

I. Teil.
Vater wider Erwarten.
Kleine amerik. Komödie.

II. Teil.
Palast-Lichtspiele-
Revue. Schnellste bild-
liche Berichterstattung
aus aller Welt. Hoch-
interessant. Aktuell.

Christian hat Unglück
in der Liebe. Humor.

III, IV, V, u. VI. Teil.

An des Daseins
Grenze.

Lebensbild in 4 Tellen
von Morlhon.
Spannende dramatische
Handlung.

Dargestellt von ersten ital.
Schauspielern.

Max will sterben.

Tolle Humoreske verfasst
u. gespielt v. Max Linder.

Gebirgs-Schlachten im
Staate New-York.

Herri. Naturaufnahme.

Die Truppe Gondo.

Part.-Akrobaten. Gra-
ziöser Variété-Akt.

Zu gefl. Besuch ladet
ergerben ein 1791

Die Direktion:
Fr. Schulten.



# Günstige Einkaufsgelegenheit für den Sommerbedarf

Von Samstag, den 20. Juni bis inkl. Samstag, den 27. Juni

gewähre ich **10%** Rabatt

auf alle regulären Waren meiner reich sortierten Läger  
(ausgenommen Kurzwaren, Garne und einige Markenartikel). 1762

# PAUL BURCHARD

## Allgem. Ortskrankenkasse Rastatt-Stadt. Voranzeige!

Die statutengemäße Ausschusssitzung findet am **Donnerstag, den 16. Juli 1914, abends 8 Uhr**, im Gasthaus „zur Sonne“, Nebenzimmer, hier, statt.

Als vorläufige Tagesordnung ist festgesetzt:

1. Wahl des Ausschussvorsitzenden und der Ausschussvertreter nach § 72 Abs. 2 des Statuts und deren Stellvertreter.
2. Geschäfts- und Kassenbericht, sowie Rechnungsablage für 1913.
3. Dienstordnung nach § 351 der R. B. D.
4. Verschiedenes.

Etwasige Anträge, welche in dieser Sitzung behandelt werden sollen, sind bis längstens 25. Juni 1914 bei dem Vorstände einzureichen. 1788

Rastatt, den 18. Juni 1914.

Der 1. Vorsitzende:  
Wilh. Letter.

## Westendhalle Mühlburg.

Haltestelle der Straßenbahnlinie Mühlburg-Rheinhafen.  
Inhaber: Haber Marzluff.

Sonntag, den 21. Juni, 4 Uhr beginnend  
in dem prächtigen Garten

### Streich-Konzert

der Mühlburger Stadtkapelle.  
Von 4 Uhr ab im Saal  
**Großes Tanzvergnügen**  
bei gut besetzter Dragonermusik. 1768

### Bekanntmachung.

Den Besuch des Stadtgartens betr.  
Wir machen wiederholt darauf aufmerksam, daß die Jahreskarten und die Kartenhefte beim Eintritt in den Stadtgarten jedesmal vorzuzeigen sind. 1780

Karlsruhe, den 18. Juni 1914.

Die Stadtgartenkommission:  
Siegler. Sager.



**Fussball-Club Mühlburg**  
Verein für Rasenspiele  
e. V. — Gegr. 1905.  
Mitgl. d. Verb. städt. Fussball-V.  
Samstag, den 20. Juni 1914:  
**Gemüll. Beisammensein**  
Sonntag, den 21. Juni 1914:  
**Grosse Elfer Pokal Spiele**  
in Klasse C.  
F. C. Viktoria, Mühlburg; F. C. Hertha, Karlsruhe; Hertha-Alemannia, Teutsch-Neureuth; F. V. Bulach; F. C. Alemannia, Eggenstein; F. C. Concordia, Karlsruhe; V. f. R. Achern; F. V. Daxlanden. 9



Heute eingetroffen  
Frische  
**Kirschen**  
Pfd. 20 u. 25 Pfg.  
**Erdbeeren**  
Pfd. 35 Pfg.  
**Bananen**  
Pfd. 30 Pfg. 1785  
Pfannkuch & Co  
G. m. b. H.  
In den bekanntesten Verkaufsstellen

## Hoepfners Apfelgetränk

# Romoll

ein herrlicher Sabetränk aus  
frischen deutschen Äpfeln

Nur im  
**Residenz-Theater Schillerstr. 22**  
ehemal. Metropol  
Samstag, 20. Juni, ab 7 Uhr. Sonntag ab 3 Uhr.  
Montag ab 6 Uhr.

## Kino-Cabaret

ausgeführt von erstklassigen Cabaretkräften unter der Leitung von Reinhold Freyberg vom Intimen Theater Frankfurt a. M.

**PROGRAMM:** 1789

1. Die neuesten Ereignisse im Bild.
2. Kopenhagen.
3. Fräulein Lucie Merlot, i. Operettensängerin vom Schauspielhaus Stuttgart.
4. Herr Nico Stejmann vom Cabaret Hölle-Wien, Liedersänger.
5. Die Schauspielerin. Drama.
6. Die lieben süßen Frauen. Schwank.
7. Luba Lorbis, Soubrette vom Gärtnerplatztheater-München.
8. Reinhold Freyberg vom Intimen Theater Frankfurt a. M., humoristischer Plauderer, Komiker.
9. Polidor und der Schnurrbart.
10. Adolar und Kiki.
11. Luba Lorbis und Reinh. Freyberg. Humoristische Duette.
12. Die Frau aus dem Volke.

Nur an der Kasse gelöste Karten  
= berechtigten zum Eintritt. =

### Bauschlosser gesucht.

2 tüchtige selbständige Arbeiter auf Sitterarbeit sofort  
geüht. Schützenstraße 42.

**Luhns**  
Wasch-Extract  
Salm-Terp-Öl  
**Luhns-Seife**  
Abrador-Dümpfen  
Seife 70 Pfg.  
Luhns Seifen-Fabriken-Barmen

### Aufgepaßt!

Getragene und neue Herren- und Damen-Kleider, Weiszeug, Uhren, Möbel kauft man am allerbilligsten und besten bei der altbekanntesten Firma

**R. Waier,**  
Markgrafenstraße Nr. 16.  
Weiße 1743  
**Nöcke u. Blusen**  
zu jedem annehmbaren Gebot.  
Wilhelmstr. 34, 1 Tr.  
Schöneuhr. 32, eine Treppe hoch, ist freundl. Zimmer mit 2 Betten zu vermieten. 1715

Arbeiter! Agitiert für den Volksfreund.